INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM

Nr. 59

29. Juni 1989

IMPRESSUM
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Eigendruck im Selbstverlag

VORWORT

Wie ihr wahrscheinlich gemerkt habt, sinken die Seitenzahlen mit den steigenden Außentemperaturen. Wir hoffen, daß dadurch nicht die Qualität der zeitung in Mitleidenschaft gezogen wird. Von dem Hauptartikel dieses Heftes "Mythos der Unabhängigkeit" waren wir jedenfalls regelrecht begeistert. Er formuliert eine Kritik an dem RZ-Papier "Was ist Patriarchat" aus der INTERIM Nr. 42. Die Autorin stellt dabei vor allem die Vorstellung von "Unabhängigkeit" als positivem Begriff und universellem männlichen Wertmaßstab infrage. Gemessen an diesem Maßstab werden Frauen dann natürlich auch in der linken (männlichen) Ideologie zu hilflosen Opfern, denen einfach was fehlt! Das kennen wir Frauen doch alle aus unserem Alltag: die Forderung nach Souveränität und Unabhängigkeit, mit der wir ständig konfrontiert werden.
Auch wenn der Artiekl am Anfang etwas schwer zu lesen ist, hoffen wir, daß ihr INTERIM-LeserInnen euch da durchbeißt.

Aber jetzt noch mal der Reihe nach: Dem Aufruf zur Anti-Rep-Demo und einer Kritik zur Anti-Rep-Bündnispolitik folgt der erste Teil eines Comics, das wir locker in dieser Ausgabe verteilt haben. Der Teil zum Häuserkampf (Reiche, Lindenstr. Flänkelufer) wird gekrönt durch ein kämpferisches Flugblatt zum Fränkelufer von den ehemaligen BesetzerInnen. Frauen, Schwule, Männer und Kinder heben darin hervor, wie sie mit der 8-tägigen Besetzung die Angreifbarkeit unserer Feinde deutlich machen konnten. Offensichtlich steht die Wiederbesetzung unmittelbar bevor!
Bevor wieder Gerüchte über unsere Ungerechtigkeit kursieren, geben wir es lieber gleich zu: wir haben wieder zensiert! Das Opfer war dieses Mal ein einseitiges Flugblatt zur Verteidigung von Stalin. Als Witz war es einfach nicht witzig genug, als ernstgemeinter Diskussionsbeitrag einfach zu seicht. Wer trotzdem neugierig ist: im berüchtigten Ordner...

An die GenossInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet: wir bekommen immer noch Einzelbestellungen von euch! Wir wissen, daß ungefähr jede dritte Berliner Wohngemeinschaft ein INTERIM nach Frankfurt und Umgebung schickt, außerdem gibt es SDammelabos etc. Wäre es nicht vielleicht besser, wenn ihr eure Bestellungen mal über einen Buchladen oder eine Infostelle gemeinsam organisiert? Wir versprechen euch auch ne regelmäßige Anzeige.
Also noch mal: **keine Einzelabos, Bestellungen nur ab 5 Exemplaren!**

INTERIM
GNEISENAUSTR. 2a
1000 BERLIN 61

NEIN ZU NEOFASCHISMUS, RASSISMUS, NATIONALISMUS UND SEXISMUS!

Am 8. Juli wollen die „Republikaner" ab 9 Uhr morgens ihren 2. Landesparteitag in den Räumen von „Schultheiss in der Hasenheide" durchführen. Die REPs stehen für:

- menschenverachtenden Rassismus,
- Ausländer-raus!-Parolen,
- frauenverachtende „Heim-und-Herd-Ideologie",
- kriegslüsternen Revanchismus,
- Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen,
- Verharmlosung des NS-Faschismus und Leugnen der Kriegsursachen,
- Volksgemeinschaftsideologie,
- Abschaffung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung,
- Vernichtung jeglicher demokratischer Opposition.

Nicht nur in der BRD und in Westberlin, sondern in fast allen Ländern Westeuropas streben die sogenannten Neuen Rechten – alter Geist in neuer Verpakkung – parlamentarische Machtgewinne an. Die Ergebnisse der Europawahl zeigen erneut, daß viele auf ihre Hetze hereinfallen. Es ist unsere Aufgabe, überall dort, wo faschistische und rassistische Ideologien auftauchen, diesen entgegenzutreten, sei es in den Betrieben, auf der Straße, in den Stadtteilen, sei es zum Landesparteitag der REPs.

NPD, DVU, REPs bis hin zur militanten FAP benutzen dabei Vorurteile gegenüber ImmigrantInnen, Flüchtlingen und anderen ethnischen Minderheiten zur Verbreitung alter nationalistischer Gefühle und Einstellungen. Wer meint, sonst schon „nichts" zu sein, ist dann wenigstens Deutsche/r. Bestehende Gesetze und staatliche Hetze gegen AusländerInnen helfen ihnen, ihre Propaganda zu legalisieren. Viele ArbeitsimmigrantInnen glauben selbst, sie müßten sich wie „Gäste" benehmen. Ihnen werden die einfachsten Rechte verweigert, z. B., an der gesellschaftlichen Entscheidung über auch für sie wichtige Fragen mitzubestimmen.

Spätestens seit dem 20. 4. 89 wissen wir, daß viele – und vor allem ältere – AusländerInnen den Straßenterror neofaschistischer Skins und Schlägertruppen fürchten. Die Furcht vor Übergriffen nährt sich aus den alltäglichen Erfahrungen: Anpöbeleien, Erniedrigungen und Diskriminierungen in Behörden und auf der Straße usw. Es ist unsere Aufgabe, der Spaltung in AusländerInnen und Deutsche entschieden entgegenzutreten! Viele türkische, kurdische, griechische, jugoslawische, tamilische usw. Frauen und Männer sind hier aufgewachsen und fühlen sich zu Recht hier zu Hause.

Darum rufen wir auf, am 8. Juli mit vielen Menschen/Gruppen/Organisationen der Öffentlichkeit und den REPs zu zeigen, daß wir keinerlei faschistischen und rassistischen Formierungsprozeß hinnehmen werden. Der Landesparteitag der REPs ist genauso eine Provokation wie ihre Zulassung zu den Wahlen. Es ist eine Bedrohung für eine menschliche Gesellschaft, daß die REPs jetzt ihre rassistische Propaganda „legal" vom Abgeordnetenhaus aus unter die Leute bringen können.

Unser Ziel ist es, durch möglichst großen politischen Druck den Parteitag der REPs zu verhindern. Dazu gehören neben Aktionen im Vorfeld des Parteitages breite Öffentlichkeitsarbeit und die Kundgebung vor „Schultheiss". Den Erfolg messen wir daran, daß möglichst viele Menschen die Aktion gemeinsam tragen. Erneute Versuche, einzelne AntifaschistInnen zu kriminalisieren, gilt es durch unsere Geschlossenheit abzuwenden. Bringt Transparente, Musikinstrumente, Topfdeckel und vieles mehr mit.

KEINE RAUMVERGABE AN FASCHISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN!

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN, RASSISTEN UND SEXISTEN!

AUFLÖSUNG UND ZERSCHLAGUNG ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN!

Kundgebung: Sa, 8. 7. 89, um 8 Uhr (pünktlich) vor der Gaststätte „Schultheiss in der Hasenheide"
anschließend: Demonstration zum Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers

V. i. S. d. P.: Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus

BLOSS JETZT NICHT AUFFALLEN !
Ein paar kritische Anmerkungen zur Vorbereitungs-VV gegen den REP-Parteitag und die Bündnispolitik dazu

da nur recht wenig leute dort waren,
erstmal ne kurze zusammenfassung:
um acht uhr morgens (pünktlich !!!)
ist treffen direkt vor schultheiss.
das ganze wird von nem breiten bündnis
bis hinein in gewerkschaftskreise getragen.
die antifas haben die einschätzung,
daß die bullen rache für den ersten
mai nehmen wollen + daß viele menschen,
die auch dort vor ort demonstrieren
wollen, den autonomen ziemlich skeptisch
gegenüber stehen, eben auch aus der
ersten mai erfahrung, bzw. der daraus
resultierenden pressehetze. auch befürchten
sie, daß sie im antifa-bündnis von
den reformerkräften isoliert werden.
daher plädieren sie dafür, keinen schwarzen
block zu bilden + sich kleidungsmäßig
+ auch sonst recht unauffällig zu verhalten.
vor den bullen sollen dann ketten gegen
die ankommenden faschisten gebildet
werden, damit die eskalation, sollte
sie kommen, von den bullen + nicht
von uns ausgeht.
dieses konzept direkt vor ort traf
auf die zustimmung der anwesenden +
dem gilt auch nicht meine kritik.
jedoch finde ich, daß die vorbereitungs-
gruppe aus der autonomen antifa viel
zu defensiv an die sache herangegangen
ist. so wurde das wort "verhinderung",
wenn es denn überhaupt ausgesprochen
wurde, sogleich relativiert + durch
"behinderung" ersetzt, immer mit dem
hinweis auf tatsächliche möglichkeiten
+ bündnispartnerinnen.

mir geht es nicht um einen verbalradikalis-
mus wie z.b. auf den autonomen mobilisie-
rungsplakaten zur daimler-benz demo,
wo es keine inhaltliche auseinandersetzung
zu gab, keine vv, einfach nichts, außer
dem vor militanz strotzenden plakat.
worum es geht, ist nicht die realistische
einschätzung, was vor ort machbar ist,
sondern um die formulierung einer klaren
position. das drückt sich in einer
parole wie "verhindern wir den rep-
parteitag" aus. sie bringt unseren
antagonismus zu solchen faschistischen
organisationen zum ausdruck. mit einer
solchen klaren inhaltlichen ausrichtung
ist auch eine eindeutigere mobilisierung
möglich, als mit schwammigen behinderungs-
parolen. zum pragmatismus argument,
daß "es doch eh nicht möglich ist",
kann ich nur sagen, daß die parole
"verhindern wir den iwf-kongreß" goldrichtig
war + daß es früher bei akw-demos völlig
selbstverständlich war, zu fordern
"machen wir den bauplatz wieder zur
wiese", auch wenn es keinesfalls realistisch
erschien. an einer solchen inhaltlich
klaren ausrichtung müssen sich die
berufsfunktionäre im bündnis auch erstmal
abarbeiten.
in diesem zusammenhang halte ich eure
einschätzung auch für schlicht falsch,
daß es für euch im bündnis ein großer
erfolg war, daß es zu dieser gemeinsamen
aktion in der hasenheide kommen wird
+ daß dies aber so wacklig ist, daß
ihr im gegenzug quasi zusagt, daß autonome
nicht in schwarzen lederjacken + unver-
mummt kommen. die reformerinnen im
antifa-bündnis wissen doch ganz genau,
daß sie für eine kundgebung vorm reichstag,
weit ab vom geschehen (war im bündnis
anfangs gegen die hasenheide gestellt
worden), die massen nicht mobilisieren
können, sondern der weitaus größte
teil, erst recht die ganzen menschen,
die ihr als die "unentschlossenen"
bezeichnet, vor ort gegen die nazis
demonstrieren will.
von daher blieb ihnen gar nichts anderes
übrig, als auch für die hasenheide
aufzurufen, wollen sie ihren einfluß
nicht verlieren. daher hättet ihr im
bündnis auch offensiver auftreten +
sagen sollen, klar gibts nen autonomen
block, den hats immer gegeben, warum
diesmal nicht + ob die leute sich ver-
mummen, werden wir sehen. das wär jeden-

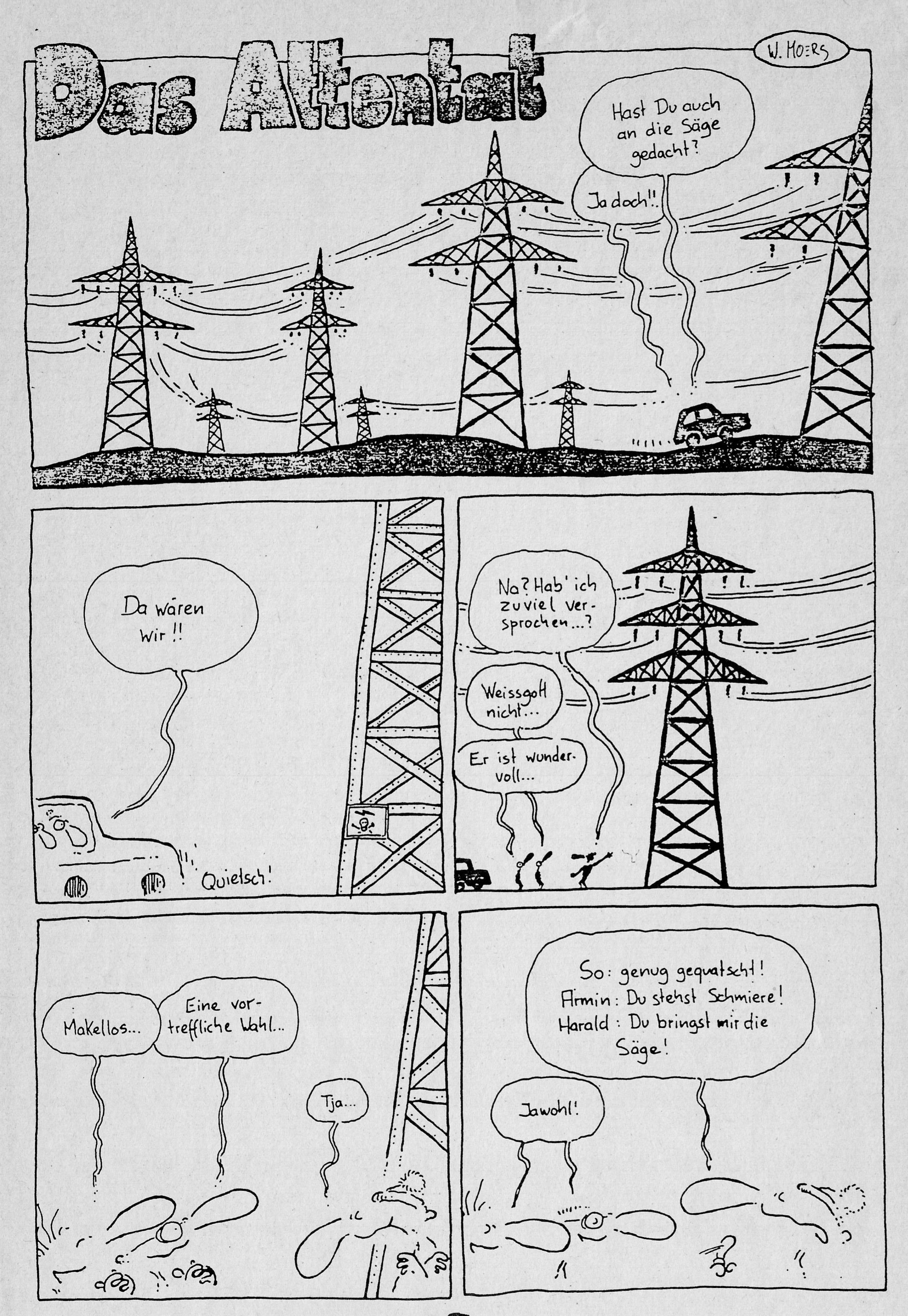
falls ne klare position + nicht so
was windelweiches, wie vieles auch
auf der vv.
mir stellt sich die frage, welche substanz
ein antifa-bündnis hat, wenn von autonomer
seite zugesagt wird, ohne schwarze
lederjacken + unvermummt aufzutreten.
eigentlich ist es üblich, daß in bündnissen
jeder gruppe, wenn schon nicht ihre
aktionsformen, dann doch zumindest
ihr auftreten zugestanden wird.
was an dieser herangehensweise so übel
ist, ist die tatsache, daß

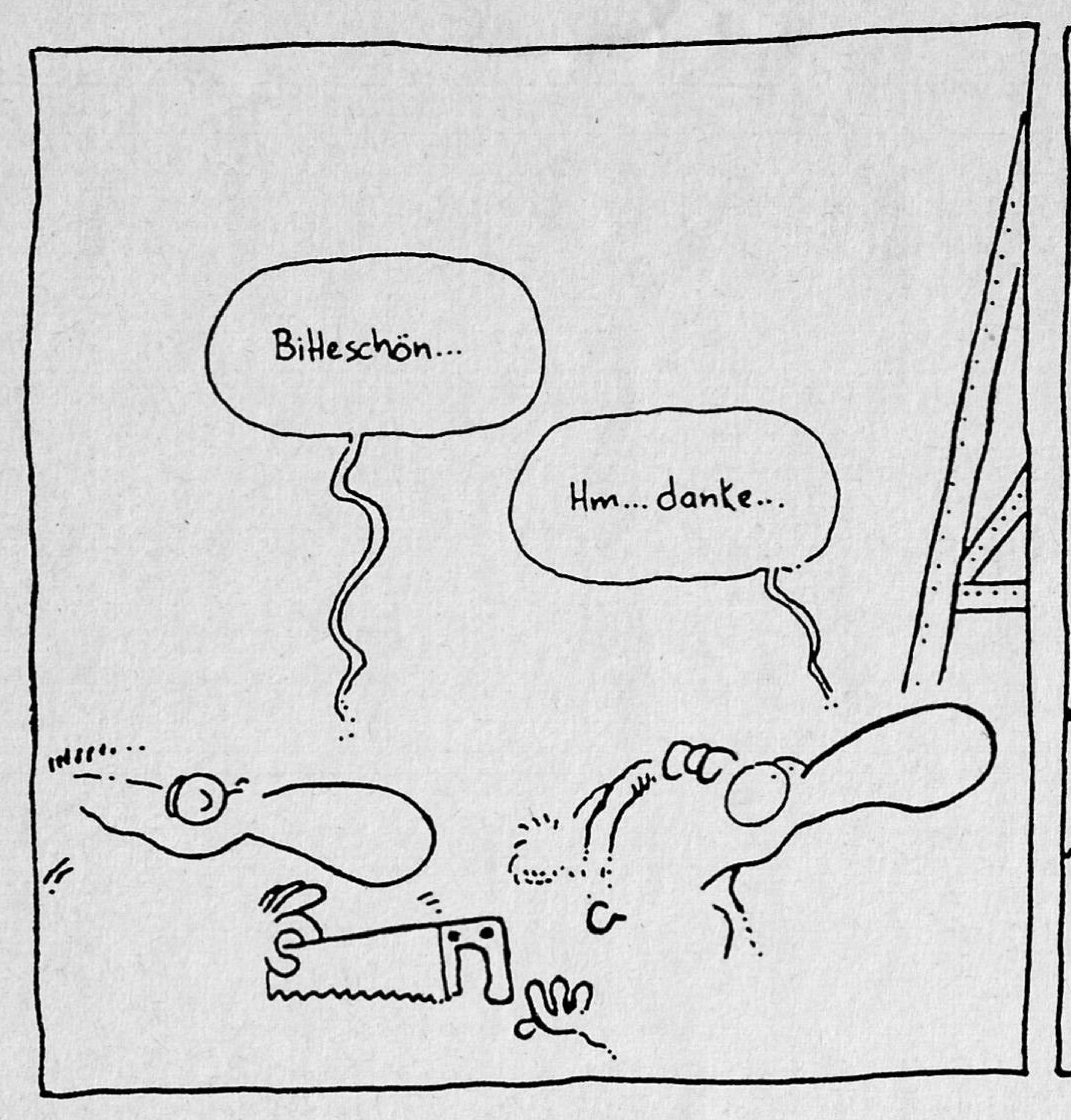
- wir anscheinend nur als bedrohung wahrgenommen werden
- wir auf unser auftreten + nicht an unserem verhalten gemessen
- ihr euch darauf einlaßt.

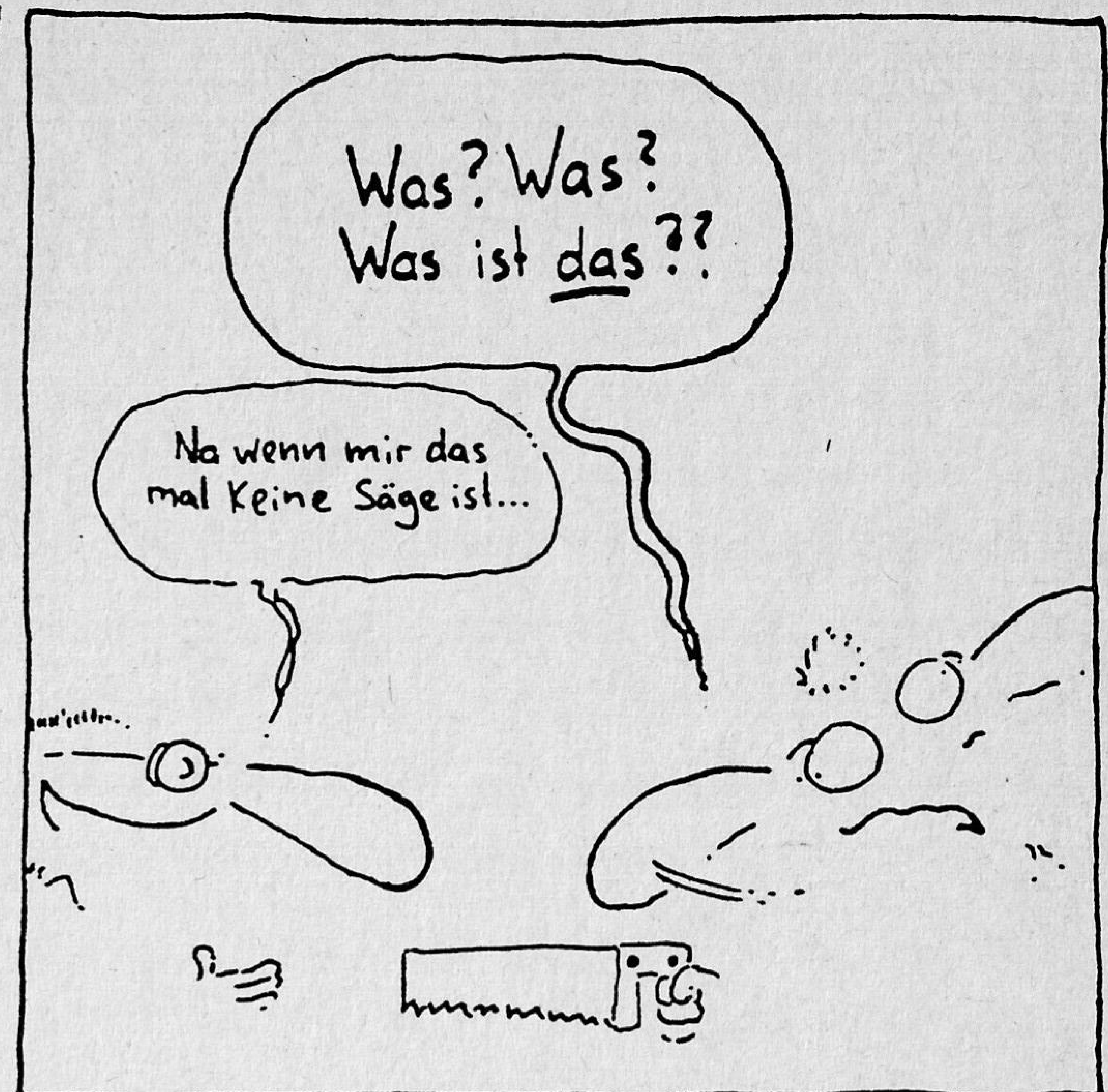
kurz zur klarstellung:
weder geht es mir um vermummung als
selbstzweck, noch um eine schockierung
der nicht autonomen demoteilnehmerinnen
dadurch, daß sie im doppelten sinne
schwarz sehen. es geht mir ganz einfach
um einen schutz, wie er durch einen
starken block am ehesten erreicht werden
kann (z.b. bei gerangel mit den bullen:
in so einem fall muß ich die leute
um mich herum einschätzen können +
wenn dort alle in tarnklamotten wie
z.b. bei der igfm-aktion auf dem kirchen-
tag rumrennt (wo es richtig war!),
fällt das etwas schwer).
daher würde ich dafür plädieren für
einen großen geschlossenen autonomen
block aufzurufen; dies könnte auch
dazu beitragen unser image bei leuten
aufzupolieren, die uns nur aus der
zeitung kennen und autonome mit krawall
gleichsetzen. wenn sie in der hasenheide
sehen, daß wir uns auch diszipliniert
an bündnisabsprachen halten + genau
wie sie auch, in ketten stehen und
versuchen, die nazis nicht durchzulassen,
ändert sich vielleicht auch was im
verhältnis vieler leute zu uns.
faktisch ist eure herangehensweise
jedenfalls ein erheblicher rückschritt
zu früheren demos.

noch was zu der demo nach der blockade
(wenn alle reps reinkommen sollten,
ist eine demo zum ehemaligen gestapo
hauptquartier geplant):
eine demo, der der zweifelhafte verdienst
zukommen wird, uns vom ort des geschehens
wegzubringen, verursacht bei mir massive
bauchschmerzen. klar ist es langweilig,
stundenlang ohnmächtig vor so ner scheiß-
kneipe rumzustehen. aber dann wäre
es eher angesagt, eine demo durch den
kiez zu machen, um die leute zu erreichen,
die in der nähe von schultheiss wohnen
+ dann, wenn die reps mittagspause
machen, wieder präsent zu sein.
diese demo scheint mir eine neuauflage
der "nach dem 29.1. demos" zu werden.
damals gab es an der autonomen antifa
schon reichlich kritik + von demo zu
demo gingen immer weniger autonome
hin, was auch völlig verständlich ist,
denn was sollen wir auf ner demo, wo
momper in der ersten reihe marschiert?
damals habt ihr auf diese kritik überhaupt
nicht reagiert, wie ihr in letzter
zeit sowieso immer weniger eure kriterien
für bündnisse + demos in die szene
hinein vermittelt. hier wäre mal eine
offene + klare diskussion angesagt,
solange es noch in einem solidarischen
klima möglich ist + nicht erst dann,
wenn keine verständigung mehr möglich
erscheint + es nur noch um diffamierung
geht, wie es z.b. die erfahrung mit
dem göttinger antifa-bündnis zeigen
(vgl. die letzten radis).
in diesem sinne:
für eine starke gemeinsame demo!
für einen großen autonomen block!
verhindern wir den rep-parteitag!

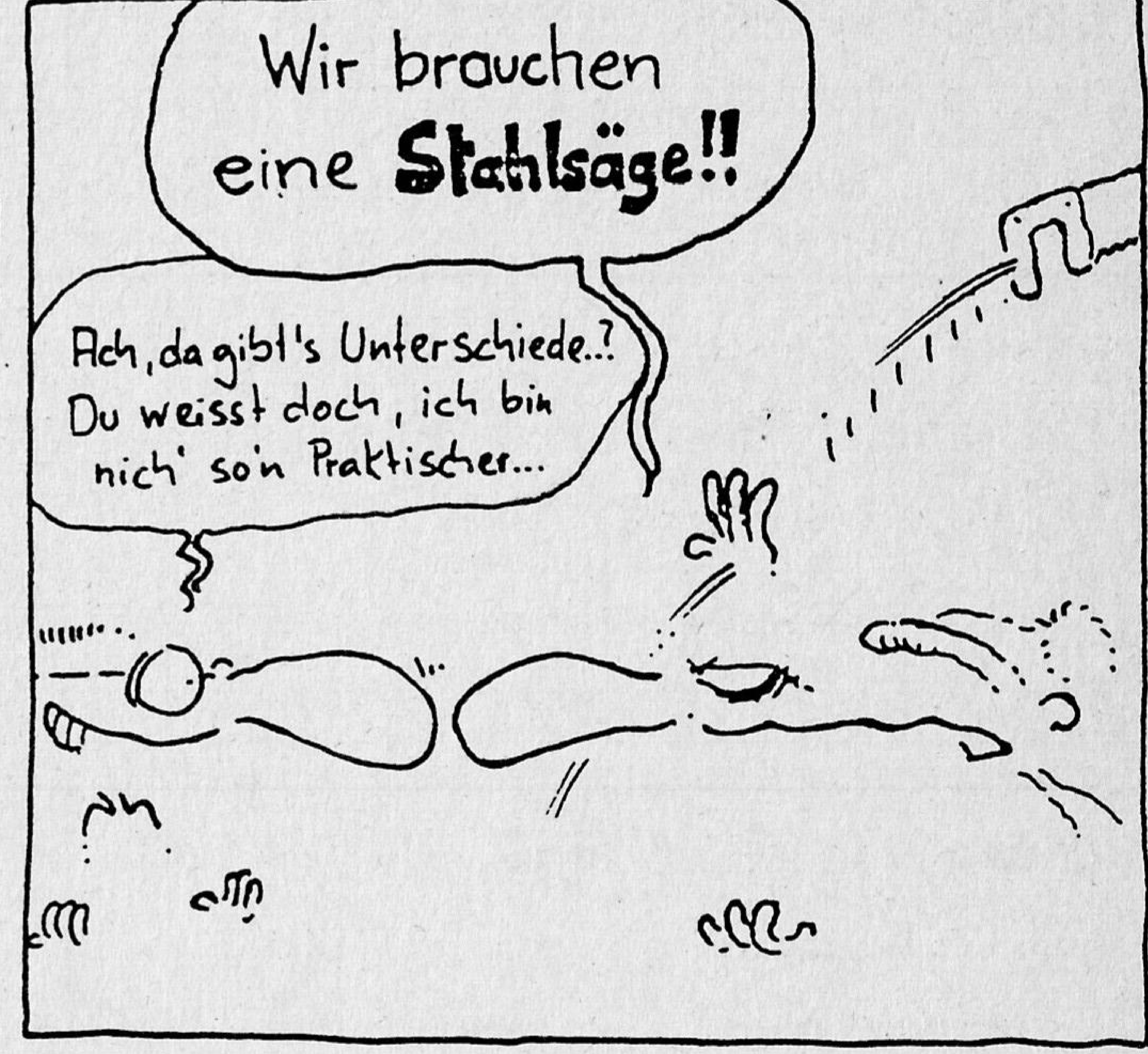



Das Attentat
W. MOERS
Hast Du auch an die Säge gedacht?
Ja doch!!
Da wären wir!!
Quietsch!
Na? Hab' ich zuviel versprochen...?
Weissgott nicht...
Er ist wundervoll...
Makellos...
Eine vortreffliche Wahl...
Tja...
So: genug gequatscht! Armin: Du stehst Schmiere! Harald: Du bringst mir die Säge!
Jawohl!

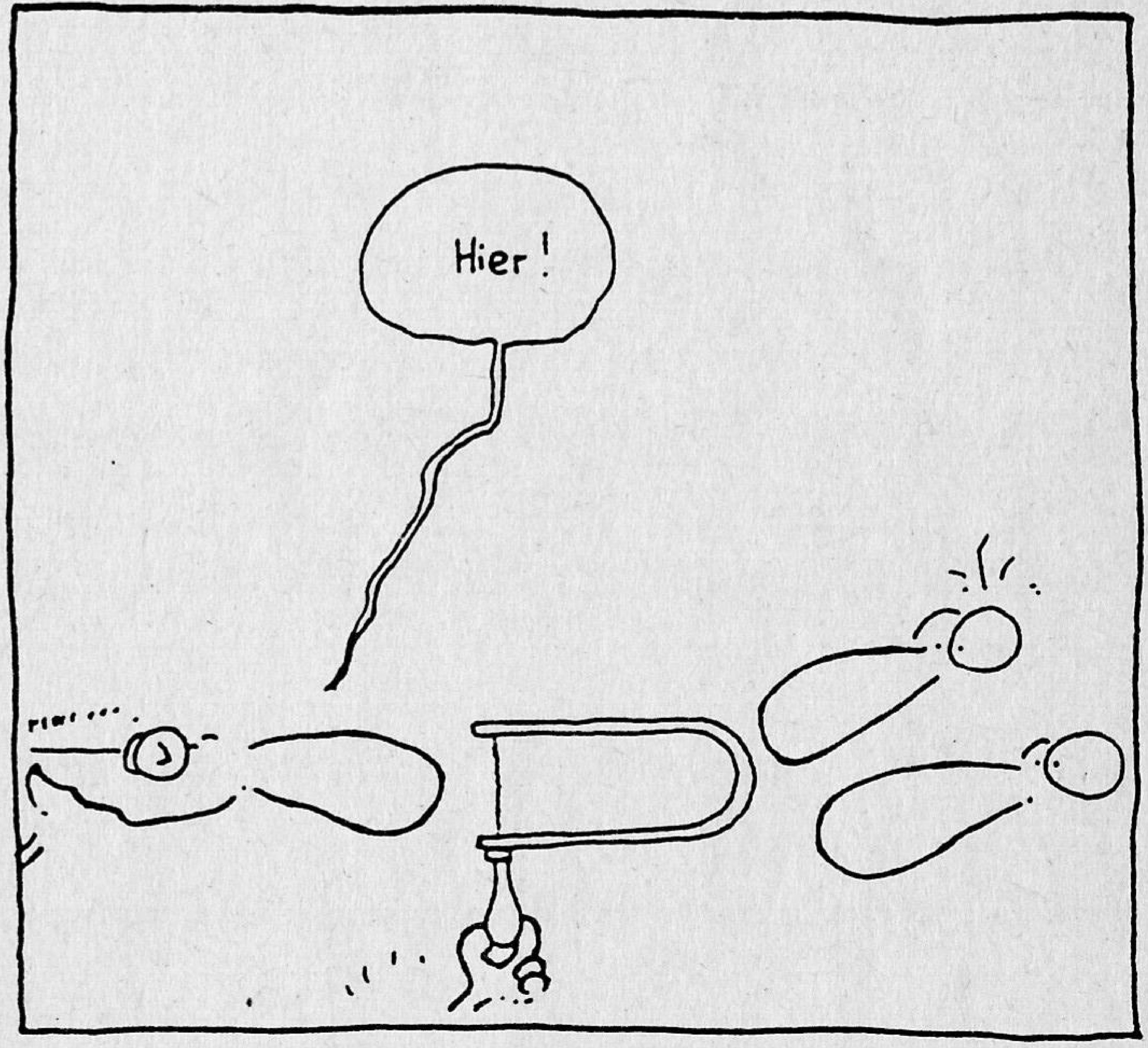












(weiter hinten gehts weiter...)

zum Artikel in interim Nr.42 : "Was ist das Patriarchat?"

VOM MYTHOS DER UNABHÄNGIGKEIT

oder: das bestürzende Bild der Bedingung, Mann zu sein - ein Versuch

Lange hab ich gerätselt, lange versucht zu beschreiben, weshalb euer Artikel mir ein Stolperstein war, ich ihn nicht so stehenlassen konnte in meiner Suche nach einer Antwort auf die Frage, was das Patriarchat sei. Aber noch mehr in meiner Suche nach einer Antwort darauf, wie ich mich dazu in Widerstand setzen kann.
Dies soll ein Versuch sein, mein Unbehagen bei der Lektüre eures Artikels in Beziehung zu setzen zu der Übereinstimmung mit euren Schlußfolgerungen. Ein Versuch darüberhinaus darzustellen, warum der Ansatz eurer Analyse meiner Meinung nach zwar zu der von euch gezogenen Folgerung führen kann, alle herrschenden Revolutionsentwürfe seien Makulatur für die Unterdrückung der Frau, weitergehend aber keinen Ansatzpunkt für die Entwicklung einer befreienden Theorie und Praxis bietet. Vom Hundertsten ins Tausendste bin ich dabei gelangt, und ich werde versuchen, mich der gewünschten Verständigung halber auf einige Aspekte zu konzentrieren. Ich hoffe, es wird mir gelingen.

Eure Schlüsse erscheinen mir einleuchtend und sind innerhalb der Frauenbewegung, soweit ich das bisher beurteilen kann, auch keine neue Erkenntnis. Festzuhalten bleibt aber - und das macht die Qualität aus - daß ihr sie aus Praxis und Theorie eines gemischtgeschlechtlichen Zusammenhangs heraus formuliert, noch dazu eines Zusammenhangs, der sich den Versuch der Umsetzung eines "herkömmlichen" Revolutionsansatzes auf die Fahnen oder besser vielleicht: in den Stern geschrieben hat(te?).
Ihr schaufelt dem "historischen Mann" und all "unseren" heißumkämpften Revolutionstheorien das Grab, aber der Tote scheint aus Verzweiflung Selbstmord begangen zu haben. Die Frau, wie ihr sie beschreibt, kann ich nicht als Handelnde begreifen. Und ich denke, wir werden nur dann weiterkommen, wenn wir versuchen, die Beschreibung der Frau und ihrer "Arbeit" aus der männlichen Sichtweise zu lösen, sie nicht weiterhin am Mann zu messen und über ihn zu bestimmen, sondern von <u>ihr</u> ausgehend beschreiben lernen, weshalb auch die Wertigkeiten, dei der Mann setzt und die Grundlage seiner Revolutionsentwürfe sind, für die Frau nicht zutreffen. Nicht, weil sie für die Frau nicht umgesetzt wären, sondern weil sie nicht von ihr aus bestimmt sind. Inwieweit sie für die Frau zu-

treffen, können wir erst nach einer eigenen Formulierung entscheiden.

"Der Bereich des Historischen und der Macht beginnt dort, wo über das spezifisch weibliche Vermögen der Gattungsproduktion ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis gestülpt wird..."
Diese Feststellung ist Grundlage der Erkenntnis, die ihr gegen Ende des Textes herausarbeitet. Diese Grundlage für eure Schlußfolgerung gewinnt ihr aber über eine Beschreibung der Frau und ihrer "Arbeit" (eure Trennung in "die Frau und ihre Arbeit" übernehme ich im Weiteren vorerst der Verständigung halber, bin aber der Ansicht und hoffe das auch aufzuzeigen und abzuleiten, daß diese Trennung selbst schon Ausdruck männlich-linker Sichtweise ist. Den Begriff der Arbeit, der Produktion und Reproduktion versehe ich, wo ich ihn auf Frauen"arbeit" im Sinne eures Artikels anwende, mit Anführungszeichen, da diese "Arbeit" nicht nur meiner Ansicht nach nicht mit dem marxistisch abgeleiteten Arbeitsbegriff faßbar ist. Zur näheren Erläuterung verweise ich auf Christel Neusüß: "Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung"), in die männlich-linke Wertigkeiten nicht nur einfließen, sondern deren bestimmendes Merkmal sind.
"Der Bereich des Historischen und der Macht", wohlgemerkt der patriarchalischen, manifestiert und reproduziert sich in einer Beschreibung des "spezifisch weiblichen Vermögens", wie sie de Beauvoir (im angeführten Zitat) und im Weiteren auch ihr vornehmt. Ihr schreibt, der biologischen Tatsache, daß Frauen die Gattung "produzieren", sei bisher nicht die erforderliche analytische Aufmerksamkeit zuteil geworden, "weil sie sich dem linken männlichen Gleichheitsgedanken widersetzt" und führt Simone de Beauvoir an als Einzige, die "dieses brisante Faktum" den Biologisten zu entreißen versucht habe.
Wenn ihr damit meint, sie sei eine Vertreterin linken männlichen Denkens (aus dem der Gleichheitsgedanke abgeleitet ist), die der o.g. Tatsache Aufmerksamkeit zuteil werden ließ, so stimme ich damit überein (ob sie allerdings die einzige VertreterIn war, wage ich nicht zu beurteilen). Wenn ihr damit allerdings ausdrücken wollt, daß de Beauvoir somit auch aus dem linken männlichen Denken ausgebrochen sei, so habe ich einige Einwände. (Die betreffen allerdings auch eure weitere Argumentation und ich erlaube mir im Folgenden, beide Argumentationsweisen zusammen zu betrachten)

De Beauvoir schreibt - und ihr zitiert:
"Wie der Mann ist die Frau ihr Leib; aber ihr Leib ist etwas anderes als sie. Von der Pubertät bis zur Menopause ist sie der Schauplatz eines Ablaufs, der sich in ihr vollzieht, ohne sie zu betreffen. (...) sie ist gleichzeitig sie selbst und ein anderes. Eine ermüdende Leistung (gemeint sind Schwangerschaft und Geburt), die den ganzen Organismus erschüttert und für die Frau keinen privaten Vorteil bietet. (...) wahr ist, daß sie (die Frauen) ein fremdes Element in sich tragen: die Gattung, die an ihnen zehrt. Eine Gattung, in der die Kinder noch lange nach dem Stillen unfähig bleiben, selber für ihre Bedürfnisse zu sorgen."
Und ihr argumentiert weiter: "So endet die Körperarbeit der Frau nicht an den inneren Grenzen ihres Leibes, die Abnabelung allein macht aus dem Neugeborenen keineswegs ein unabhängiges, lebensfähiges Geschöpf. Diese eigentümliche Hinfälligkeit der menschlichen Gattung erzwingt ein komplexes Versorgungssystem..."

Genevieve Lloyd schreibt in ihrem Buch "Das Patriarchat der Vernunft", einer Abhandlung über "weiblich" und "männlich" in der westlichen Philosophie, über obiges Zitat de Beauvoirs:
"Dieser offensichtlich starre Dualismus zwischen der willensbedingten Transzendenz und der Bindung an körperliche Immanenz bietet ein bestürzendes Bild der Bedingung, Frau zu sein.(...) Wie ist es möglich, daß die Vergegenständlich ung des Bewußtseins dazu führt, daß die Frau ihren Körper als ein anderes erfährt? Warum sollte die direkte Erfahrung ihres Körpers für die Frau eine Erfahrung sein, die ihr den Mangel an Transzendenz vor Augen führt und ihr klarmacht, daß sie gleichsam in der Versenkung des Lebens verschwindet? (...) Wahrscheinlich hat Simone de Beauvoir hier nicht nur die Ideen der Transzendenz, sondern auch die hinlänglich bekannte Auffassung des weiblichen Körpers als Inbegriff der Immanenz von Sartre übernommen."
Ich könnte auch einfach sagen: Ich empfinde es als körperliche und geistige Zumutung, derart betrachtet zu werden, mich derart betrachten zu sollen. Noch dazu in einem Text, der die Grundbedingungen des Patriarchats aufzeigen will: seziert, zerstückelt zu werden.

Jahrelange Arbeit hat es mich gekostet (und ich meine nicht, daß ich so einzigartig bin), mich aus den unterschiedlich verwerteten Einzelteilen wieder zusammenzusetzen, meine eigene Identität. "außerhalb" gesellschaftlicher (sprich: patriarchalischer), auch

linker Zerstückelung zu entwickeln: meinen "linken", "befreiten" Kopf, der in gesamtgesellschaftlichen (s.o.) Kategorien denkend sich von keinem Mann mehr beiseite schieben ließ, zusammenzubringen mit meinem "rechten" Bauch, der so scheinbar unhinterfragt (mit Lust!) "deutsche" Nachkommen produziert hat und per "neuer Mütterlichkeit" "objektiv" dem System in die Hände gearbeitet haben sollte. "Kinder oder Kampf" hieß die Parole, und wollte frau beides, so mußte sie's alleine ausbaden.
Das haben sie sich nett gemacht, die Patriarchen: der Linken den Kopf und der Rechten den Bauch, und so streiten sie sich über die richtige Interpretation unseres Seins - augenzwinkernd freilich, ist doch, was da aufgeteilt und durch diese Aufteilung identitätslos gemacht werden soll, allemal ihr gemeinsamer Besitz: die Frau.
Und ihr , denen ich unterstelle, daß ihr genau dieses Bild auch in Frage stellen wollt, wenn ihr sagt "diesem brisanten Faktum" sei "nicht die notwendige analytische Aufmerksamkeit" zuteil geworden, ihr streitet kräftig mit: Der Bauch, vielleicht auch noch die Brust (außerhalb der "inneren Grenzen" meines Leibes?) muß mit rein in linke Theorie. Pustekuchen, paßt nicht.
Genau das meinen wir nicht, du hast nicht richtig gelesen, werdet ihr vielleicht sagen. Aber ihr argumentiert mehr als halbherzig, das ist die Krux.

Was ist das bestimmende Merkmal der Frau, die ihr und de Beauvoir beschreibt? Abhängigkeit: sie trägt ein "fremdes Element in sich", die Arbeit ist ihr "in's Fleisch gebrannt". Und das "Produkt" ihrer "Arbeit"? Auch erstmal nichts Rechtes: lange Zeit"keineswegs ein unabhängiges, lebensfähiges Geschöpf", die ganze Gattung Mensch ist ob dieser "Produktionsbedingungen" der Frau mit einer "eigentümlichen Hinfälligkeit" behaftet.
Wahrlich "ein bestürzendes Bild der Bedingung, Frau zu sein". Und nicht etwa der Bedingung, innerhalb einer patriarchalischen Gesellschaft Frau zu sein!
Und was macht ihr damit? Nichts. Ihr laßt es so stehen und geht weiter. Ihr umgeht die Gefahr der Verunsicherung, die zwangsläufig entstehen müßte, wenn ihr versuchen wolltet (die Frauen unter euch), euch mit diesem grauenhaften Bild zu identifizieren. Die Gefahr der Auflehnung gegen diese Bild, die euch dazu führen müßte - notwendigerweise, um euch als identisch, untrennbar beschreiben zu können -, dieses Bild als einen patriarchalen Entwurf zu ent-

larven. Ihr umgeht die Chance, in dieser trennenden Beschreibung des Seins und der "Arbeit" der Frau männliche Wertigkeiten zu entdecken. Ihr hinterfragt nicht, ob diese Inhalte und Werte vielleicht erst auf dem Hintergrund der Zerhackstückelung der Frau zum Zwecke ihrer Ausbeutung und hierfür notwendig: der Negierung der ihr immanenten Fähigkeit definiert wurden, hier ihre Grundlage haben.
Denn welches sind denn die Werte, die in diese Betrachtung der Frau einfließen, an der "sie und ihre Arbeit" gemessen werden und die zu diesem "bestürzenden Bild" führen, wenn nicht Inhalte linker, männlicher Revolutionsansätze: Unabhängigkeit und Freiheit.
Ihr hinterfragt nicht, ob die Wertsetzung der Unabhängigkeit nicht ebenso wie die der Gleichheit eines der effizientesten linksideologischen Mittel zur Unterdrückung der Frau ist. Jede Frau, zumindest jede, die die beschriebene "Arbeit" der "Gattungsproduktion" geleistet hat, weiß: sie ist nicht "frei", sie ist nicht "unabhängig" und - konfrontiert mit dem Ideal der Unabhängigkeit, der Individualität - empfindet sie sich als minderwertig, unterdrückt - ohne jegliche Möglichkeit, sich von ihren angeblichen Fesseln zu befreien, es sei denn, sie negiert ihr "spezifisch weibliches Vermögen".
Wolltet ihr auf dem Hintergrund dessen, was ihr da für die Abhängigkeit der Frau beschreibt, ihre Unabhängigkeit fordern, so müßtet ihr zu den glühendsten VerfechterInnen der Gen- und Reprotechnik werden.

Aber all das wollt ihr gar nicht sehen, weg von der Verunsicherung, weg von diesem "bestürzenden Bild"! Ihr pickt die Gleichheit raus aus den männlich-revolutionären Inhalten und laßt das Thema danach fallen wie eine heiße Kartoffel. Ihr versucht, alle anderen Inhalte zu "retten", indem ihr keine klare Trennung zwischen "Produktion" und "Reproduktion" vornehmt und euch im Folgenden auf die "Reproduktion" stürzt.
Eure Argumentationskette liest sich dann so:
"Die ununterbrochene Kette ruinöser Schwangerschaften (...) ist bereits die Übersetzung einer biologischen Determinante ins Gesellschaftliche. (...) der Bereich der Historischen und der Macht beginnt dort, wo über das spezifisch weibliche Vermögen der Gattungsproduktion ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis gestülpt wird, (...) das den ganzen Bereich menschlicher Reproduktion einem Geschlecht aufstülpt und es darin versklavt. (...) dieses Einschließen des Weibes in die Art entspringt weder ihrer Natur noch

einem Mythos, vielmehr der Erzwingung unendlicher Arbeitsleistung von der Frau."

Ein weniger eleganter als verzweifelter Schlenker von der vorher beschriebenen der Frau immanenten"Arbeit", aus der es keine Möglichkeit der "Befreiung" gibt (es sei denn durch die Gentechnologie) über die gesellschaftlichen Bedingungen für diese der Frau immanente "Arbeit" ("Kette ruinöser Schwangerschaften...") hin bis zur abkoppelbaren"Reproduktion", die nicht mehr der Natur der Frau entspringt. Damit seid ihr glücklich wieder bei Voraussetzungen, die eine Anwendung männlicher Freiheitsbegriffe auf die Frau ermöglichen.

Was macht ihr mit gewollten, nicht ruinösen und nicht in Kette erfolgenden Schwangerschaften? Ist es in eurer Begrifflichkeit überhaupt wünschenswert, daß die Frau "ein fremdes Element" in sich trägt, die Gattung an ihr "zehrt"?

Was macht ihr mit dem"Bereich des Historischen und der Macht" der Frau, der genau vor dem "gesellschaftlich übergestülpten Arbeitsverhältnis" liegen müßte? Warum schaut ihr da nicht genauer hin? Die Angst vor den Biologisten scheint weit größer als die Notwendigkeit, die eigene Beunruhigung ernstzunehmen, männliche Revolutionsansätze bis zu ihrem Ursprung zurückzuverfolgen und jeden ihrer Inhalte zu überprüfen und wo nötig als Makulatur zu entlarven.

Natürlich ist das "Weib", in eurer Diktion, "eingeschlossen in die Art", das habt ihr doch oben mit de Beauvoir festgestellt.
Und weniger natürlich werden von der Frau zudem "unendliche Arbeitsleistungen"erzwungen.

Aber gesellschaftlich (sprich: patriarchalisch), überhaupt nicht natürlich bedingt ist die Angst davor, das auseinanderzuhalten. Gesellschaftlich (s.o.) bedingt entspricht die Verknüpfung dieser unterschiedlichen Bedingungen in einem Satz einem Mythos, den der Mann geschaffen hat, um die "ursprüngliche Produktion" durch die Frau als Grundlage seiner Existenz zu negieren. Einem Mythos, der es ihm gleichzeitig ermöglicht, ihr unendlich viel Reproduktionsarbeit aufzuzwingen: Dem Mythos der Unabhängigkeit.

Wie definiert sich denn der Mann, der freie, das Ziel all unserer Sehnsüchte: als eigenständige, unabhängige Persönlichkeit, Herr zumindest seiner selbst und Verkäufer seiner Arbeitskraft.

Und was ist er, wenn wir ihn auf dem Hintergrund dessen betrachten, was ihr eingangs über die Frau und ihre "Arbeit" festgestllt habt? In seiner eigenen Terminologie:

Lange Zeit "keineswegs unabhängig, lebensfähig", sondern nichts anderes als "Produkt" jahrelanger Frauen"arbeit". 8,9 Monate lang ist er das"fremde Element" in der Frau, lebt und entwickelt sich aus und von ihr, und wenn sie nicht noch ein Gutstück "Arbeit" investieren würde, würde er jämmerlich krepieren, bevor er das "Licht der Welt" erblickte. Sie allerdings auch. Aber es geht uns ja um den "unabhängigen" Mann.

Monate-, jahrelang ist er, schon am "Licht der Welt", keiner eigenständigen Ernährung, keiner eigenständigen Annäherung an seine Umwelt fähig, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert einer Frau, abhängig von einer Frau. Was er zuerst erblickt, ist nicht das "Licht der Welt", sondern - eine Frau. Die ihm Sprache nahebringt - eine Frau. Die ihm das Leben ermöglicht, ihm die Welt erschließt - eine Frau. Das geht den Mädchen auch so. Aber er ist ein Junge, wird ein Mann. Und all dieser"Arbeit", der er seine Existenz verdankt (abgesehen von dem "flüchtigen Moment des Koitus"), ist er absolut unfähig. Keine Macht seiner Welt kann ihm dazu verhelfen. Bisher.

Ein "bestürzendes Bild der Bedingung", Mann zu sein: sich derart ausgeschlossen, fremd, abhängig und unfähig zu sehen.

Allein, diese Bedingung ist absolut. Die Frau ist in ihrer Entstehung nicht weniger abhängig, aber ist sie erst einmal "fertig", so verfügt sie über diesselben "Produktionsmittel" wie die Frau, der sie ihre Existenz verdankt. Sie kann sie einsetzen, sie kann es sein lassen. Er kann nichts dergleichen.

Das scheint ihm unerträglich.

Was macht er also? Er sagt: Ich bin. Er sagt:"Am Anfang war das Wort" oder "Ich denke, also bin ich" oder "Die Existenz des Individuums gegeben..." oder wie auch immer er seine Ideologien beginnt. Er definiert, er beschreibt, er bestimmt, er bemächtigt sich. Wessen? Unserer"Arbeit": seiner Existenz. Einer Existenz, die wenn es mit rechten und linken männlichen Dingen zuginge, unser, der Frauen Besitz sein müßte.

Und so ist er also auf einmal unabhängig. Er macht eine Bedingung zur Ideologie, die ihn der Fremdheit gegenüber der Gattung enthebt, in der er immer nur "Produkt" sein kann. Eine Bedingung, die weder existiert noch realisierbar ist. Alles Sein ist abhängig oder - da das Pendant zu einem falschen Begriff auch nicht so ganz stimmig sein kann: Alles Sein ist in seiner Enstehung wie in seinem Weiterleben notwendig verbunden mit anderem Sein. Selbst der Zaun vor dem Haus war einmal ein Baum , und zur Beweisführung darüber, daß ein Mensch auch lange nach seiner Abnabelung ohne

andere Menschen nicht lebensfähig ist, brauchen wir nicht die Deprivationsforschung zu bemühen. Jeder/m ist dieses Gefühl schmerzlich bewußt (warum eigentlich"schmerzlich"?).

Aber wie kommt es, daß wir immer wieder auf dieses Ideal, das, wie ich meine aufgezeigt zu haben, jeder Grundlage entbehrt, zurückgreifen, darauf hereinfallen? Wie kommt es, daß wir theoretische Verrenkungen anstellen, um die Frau und ihre "Arbeit" in ökonomische Formeln einzupassen (auch wenn dabei oft genug die "ursprüngliche Produktion" herausfallen muß), um sie dann in ihre "Unabhängigkeit" "befreien" zu können? Weshalb fällt es uns so schwer, einen eigenen Entwurf zu entwickeln?
Unsere, der Frauen, einzige Möglichkeit, uns innerhalb des Patriarchats wenigstens "individuell" zu "befreien", war die Teilnahme (und Hingabe) an emanzipatorische(n) Bewegungen innerhalb des Patriarchats. Nur da vermeinten die meisten von uns, gesellschaftlichen Einfluß ausüben zu können, dort haben wir uns artikulieren gelernt und uns eine gewisse Teilhabe an der Macht erkämpfen können. Allerdings geschah das zu dem Preis der Negierung unserer sexuellen Differenz und unseres "spezifisch weiblichen Vermögens", hier waren wir mit unserem Verschwinden beschäftigt.
Und so greifen wir nun, da uns das schmerzlich bewußt wird, auf das Gelernte zurück, versuchen, das Geschlechterverhältnis über vorfindliche gesamtgesellschaftliche (sprich: patriarchalische) Abhängigkeiten und Begrifflichkeiten zu definieren.
Und die Forderung nach Aufhebung aller Abhängigkeiten schien unter der Prämisse des männlichen Ideals der Unabhängigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig. Es galt also jetzt, die vernachlässigten Frauen miteinzubeziehen. Das Patriarchat hat die besonderen Bedingungen der Ausbeutung der Frau über die Wertsetzung der Unabhängigkeit derart unsichtbar gemacht, daß uns eine Ableitung der Befreiung der Frau aus den Erfahrungen anderer Kämpfe anwendbar schien; kaum daß wir begriffen hätten, daß es sich dabei um patriarchalische handelte.
Und wir haben nicht gesehen, daß das Reformismus war, blanker Reformismus.
Denn die Kategorien, Werte und Bezugssysteme, die wir anwandten, basieren auf Entwicklungen, die nur auf der Grundlage der Ausbeutung der Frau, ihrer Verwertung, Vernutzung und Zerschlagung bis in die einzelnen Körper hinein - begrifflich wie handgreiflich, theoretisch wie praktisch - denkbar und umsetzbar waren.

Der Ursprung der Wertsetzung der Unabhängigkeit liegt nicht in kapitalistischer, feudalistischer, rassistischer, imperialistischer ... Unterdrückung. Der Ursprung der Wertsetzung der Unabhängigkeit ist der Beginn des "historischen Mannes". Er konstituiert sich in der Negierung der Frau - als eigenständig, frei und unabhängig. Alle anderen Ausbeutungsformen haben den "unabhängigen Mann" zur Grundlage. Vielleicht entstehen sie aus der Notwendigkeit, die nicht existente Bedingung einlösen zu wollen, für einzelne oder ein paar mehr Exemplare des männlichen Geschlechts: den Lehnsherrn oder die Arbeiterklasse. Vielleicht ist nur auf der Grundlage dieser "Unabhängigkeit" Abhängigkeit möglich - und notwendig.

Nur einen kleinen Teil eures Textes habe ich auseinandergenommen - und bin scheinbar weit davon abgekommen. Jeder andere ließe sich einbauen in diese Betrachtung, die mein Versuch ist, tiefer zu schauen, grundsätzlicher zu hinterfragen. Es ist gut, wenn ihr jetzt auch feststellt: der Mann unterdrückt uns, er hat sich auf unsere Kosten "befreit" und der linke Mann ist keinesfalls ausgenommen. Motivation meiner Fragestellung aber ist, warum er das tut. Motor die Überzeugung, daß Befreiung sich nicht auf der Grundlage von Unterdrückung vollziehen kann. Motor auch die Erfahrung, daß ich mich nur im Prozeß der Erkenntnis der Grundlagen meiner Unterdrückung befreie.
Warum "der Mann" es nicht ertragen kann, von uns "abhängig" zu sein und alles unternimmt, nicht mehr als "Produkt" gesehen zu werden - ich weiß es nicht. Das möge der revolutionäre Mann beantworten, so es eine gemeinsame Entwicklung geben soll.
Ich will nicht vom Mann fordern, daß er mich nicht ausbeuten solle. Ich will meine eigene Identität gegen seine Versuche setzen, mich zum Opfer zu machen. Dazu brauche ich Bauch und Brust, mein "spezifisch weibliches Vermögen" ebenso wie Kopf und Hände. Als mir so klar wurde beim Schreiben, was für eine Bewandnis es mit seiner "Unabhängigkeit" hat, konnte ich mich nicht halten vor Lachen. Sicher, das ist nichts als ein erster Schritt. Was das für Konsequenzen hat und wie wir das umsetzen sollen, daran werden wir sicher noch eine ganze Weile zu knabbern haben. Aber der erste Schritt hat mir Mut gemacht.
Ein Lachen könnt es sein...

¿Gasthaus zur Linde?

Der Westberliner Senat spekuliert mit unseren Häusern. Mit nem "Gästehaus" für Schulklassenfahrten in die alte Reichshauptstadt läßt sich erheblich mehr Geld machen als mit Altbau- Mietwohnungen.Darum will er - hier vertreten durch das Bezirksamt Kreuzberg - ihm geeignet scheinende Wohnhäuser in Jugendhotels umwandeln.Ein Beispiel ist die Lindenstraße 40/41, gleich gegenüber vom Springerhochhaus. Die Planung besorgte die IBA (Abt. Neubau).

Nutznießerin ist unter anderem die Klingbeil-Gruppe, Eigentümerin eines nahen Neubaublocks. Dort darf sie seit sechs Jahren dicke Mieten und noch fettere Subventionen kassieren und mußte nicht einmal Platz für die notwendige Infrastruktur lassen, zum Beispiel für Freizeit-Treffpunkte. Diese Aufgabe übernimmt nun das Bezirksamt, wählt sich das landeseigene Haus Linde 40/41 und einen rötlichgrünen Verein als Werkzeug seiner Politik, den Bund Deutscher Pfadfinder.

Der gilt als fortschrittlich. Als Pächter des Hauses arbeitet er seit Anfang 85 an folgendem Konzept:

1. ein sozialarbeiterisch überwachtes "Jugendfreizeitheim",
2. zu seiner Finanzierung das erwähnte "Gästehaus" für das Geschäft mit Wessi-Klassen,
3. in den wenigen übriggebliebenen Räumen "betreute Wohngemeinschaften" nur für "Auszubildende", die ausserdem soundso alt und soundso "sozial benachteiligt" sein müssen. Wer einziehen darf und wer rausfliegt, entscheiden die SozialarbeiterInnen.

Die Kohle stimmt. Nur eines stört: In der Linde 40/41 leben rund 70 Leute, verteilt im ganzen Haus. Sie brauchen das ganze Haus.

Kampf ums Haus

Seit 1969 ist die ehemalige Feuerwache hart an der Mauer guter Wohnraum. Mit windigen Vertragskonstruktionen versuchten die wechselnden Pächter schon immer, das Wohnen dort als "Gewerbe" zu verkaufen, um auch noch den mageren Wohnraumkündigungsschutz des bürgerlichen Rechts auszutricksen. Sie wollen den Bau bei Bedarf schnell leerkriegen.

Mit sehr unterschiedlichen Mietpreisen und Vertragsfristen soll Solidarität unter den BewohnerInnen erschwert werden. Auch dient das fortschrittliche Immitsch, mit dem sich Pfadfinderverband und neuerdings auch Senat schmücken, der Verschleyerung ihrer Herrschaft, notfalls der Vorbereitung eines unauffälligen Bullenangriffs.

Schon mehrmals wollten die SozialarbeiterInnen leere Wohnungen zumauern. Gemeinsamer Widerstand im Haus hat das verhindert.

In diesen Tagen bastelt der Bund Deutscher Pfadfinder nach 30 Kündigungsbriefen zum 1. Juni 89 an einer Lawine von Räumungsprozessen. Kreuzbergs Bürgermeister Semmel-König versucht es derweil auf die pädagogische Tour: Wenn die BewohnerInnen nicht sofort artig ausziehen, so droht er väterlich, könnten sie sich womöglich mit Schadensersatzzahlungen für einen "verspäteten" Baubeginn den Rest ihres Lebens versauen.

Zur Zeit ziehen immer mehr neue Leute in die bedrohten Wohnungen! Solidarität von aussen wär auch nicht schlecht.



Und überhaupt:
Wir bleiben und kommen am besten alle zusammen!

INFOS ZUM HAUS
und DAS VIDEO VOM LETZTEN ANGRIFF AUF DIE HAFENSTRASSE

Sonntag, 2.Juli, 20 Uhr 30

in der Lindenstraße 40/41 (Nähe O-Straße, aber in 61)

Fraenkelufer 30 geraubt!!

Gestern am Montag den 26.6. 89, wurde das von uns seit 8 Tagen besetzte Fraenkelufer 30 von 50 Bullen überfallen und geräumt.Die Besetzung wurde zuallererst als moralisch gerechtfertigt angesehen. Wir meinen: jegliche Besetzung leerstehenden Wohnraums ist gerechtfertigt!

Dann wurden wir als mieterfeindlich und als angebliche EinbrecherInnen diffamiert. Zuschlechterletzt trat dann die Leerstandskommission auf den Plan und behauptete, das Modernisierungsverfahren werde schon seit längerem geregelt. Wie sieht es aus damit? Tatsache ist, daß die Damen und Herren des Bausenats den Hausbesitzer Gertig lediglich freundlich bitten dürfen, sich einen Baubetreuer (wahrscheinlich die GSW - Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft in Berlin mbH) zur Seite stellen zu lassen. Dieser hat allerdings nur beratende Funktion, solange Gertig nichts mehr von den bereits bewilligten öffentlichen Geldern abruft. Die Entscheidungsgewalt bleibt bei Gertig, und somit wohl alles beim Alten. Zudem ist die GSW als Wohnungsbaugesellschaft durch ihre mittlerweile erreichte Größe (55.000 Wohnungen in Berlin) zu einem eigenständigen Machtfaktor geworden, die durch ihre Sanierungs- und Umsetzpolitik den Kiez umstrukturiert und zerstört. Auch der Gedanke an Enteignung ist schier lächerlich. Ein Enteignungsverfahren würde sich über 5-8 Jahre erstrecken, und wenn es irgendwann vielleicht soweit käme, könnte Gertig immernoch alles seiner Frau überschreiben, womit das Theater von Neuem beginnt. Sollen wir ehrlich glauben, SPD/AL schlachten die heilige Kuh des Kapitals, nämlich das Eigentum? Wir kriegen Lachkrämpfe!

Sie schaffen es ja nicht mal, die Ausführungsbestimmungen zum Zweckentfremdungsgesetz aufzustellen, die durchaus ein Hebel gegen Leute wie Gertig sein könnten. Der Republikaner und das Vorstandsmitglied des Berliner Haus- und Grundbesitzervereins Gertig hält weiterhin über seine connections bis in die Justiz die Fäden in der Hand. Sogar Pätzold, und zwar über eine Anzeige wegen Strafvereitelung im Dienst. Der ganze Scheiß-Laden ist so korrupt, daß er ohne weiteres den Gestank einer Müllkippe übertrifft.

Was sich SPD/AL dann so zur Wohnungspolitik einfallen lassen, war auf einer Veranstaltung am Sonntag zu erfahren. Einerseits reden sie davon, daß 60.000 Wohnungen gebaut werden müssen und vom Aussiedlerstop, da die soziale Verträglichkeit gefährdet sei. Andererseits ist die praktische Ausführung jedoch völlig idealistisch gedacht. Hier ein bischen ökologisch bauen, und da ein bischen ökologisch bauen, zudem hier und da ein Betonklotz, und schon sind sie bei 5.000 Wohnungen, die dann vielleicht gebaut sind. Von metropolitaner Stadtplanung à la Frankfurt haben sie anscheinend noch nichts gehört. Dazu ist nur eines zu sagen: träumt nur weiter, diese Realität wird euch überholen!

Nun gut, der Kampf um selbstbestimmtes Leben geht weiter! Wir reihen uns nicht in die imaginäre Schlange der Wohnungssuchenden ein, weil es sie so nicht gibt. Dieses angebliche Vorbeimogeln an einer Wohnungsschlange verschleiert die Realität der Wohnungssuche. Die Schlange ist keine Schlange, sondern eine Pyramide von Klassengegensätzen. Die Frage nach einer Wohnung ist direkt mit der Frage nach dem Einkommen gekoppelt. Das heißt, je mehr Kohle da ist, um so eonfacher ist es, eine Wohnung zu kriegen. Wobei klar ist, daß bei vielen Tausenden die Frage nach bezahlbarem Wohnraum existenziell ist. Wenn in diesem Zusammenhang noch die vielen Zwangsräumungen und die Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau in der Öffentlichkeit thematisiert werden, ist das Sprengstoff gegen das System.

Es wird klar, daß sie Angst haben. Angst vor einer Bewegung, die sich den leerstehenden Wohnraum massenhaft nimmt. Diese Angst ist berechtigt! Acht Tage Fraenkelufer haben gezeigt: sie sind angreifbar! Nur so läßt sich erklären, warum die Leerstandslisten des Senats geheim bleiben, und warum mit den Zahlen gemauschelt wird. Allein in Kreuzberg stehen 888 Wohnungen aus Profitinteressen leer. Uns ist klar, daß wir uns um unseren selbstbestimmten Lebensraum selbst kümmern. Wir, d.h. Frauen, Schwule, Männer und Kinder, wollen so, wie im Fraenkelufer 30, weiterhin unseren Alltag organisieren und zusammen kämpfen, gegen den kapitalistisch-patriarchalen Normalzustand!!!

Wir fordern:

-Nehmt euch massenhaft den leerstehenden Wohnraum!

-Her mit dem Fraenkelufer 30!

-Gertig, wir kommen wieder

-Verhandelbare Lösungen für die BesetzerInnen von Oranienstr. 192, Marianne 9/10 und Einsteinufer/Marchstr.!


-Keine Räumung besetzter Häuser, sondern politische Lösungen gegen den Leerstand!

-Einstellung der Strafverfahren gegen alle HausbesetzerInnen!

-Sofortige Veröffentlichung der Leerstandslisten von Häusern und Wohnungen!

-Schweine ins Weltall!

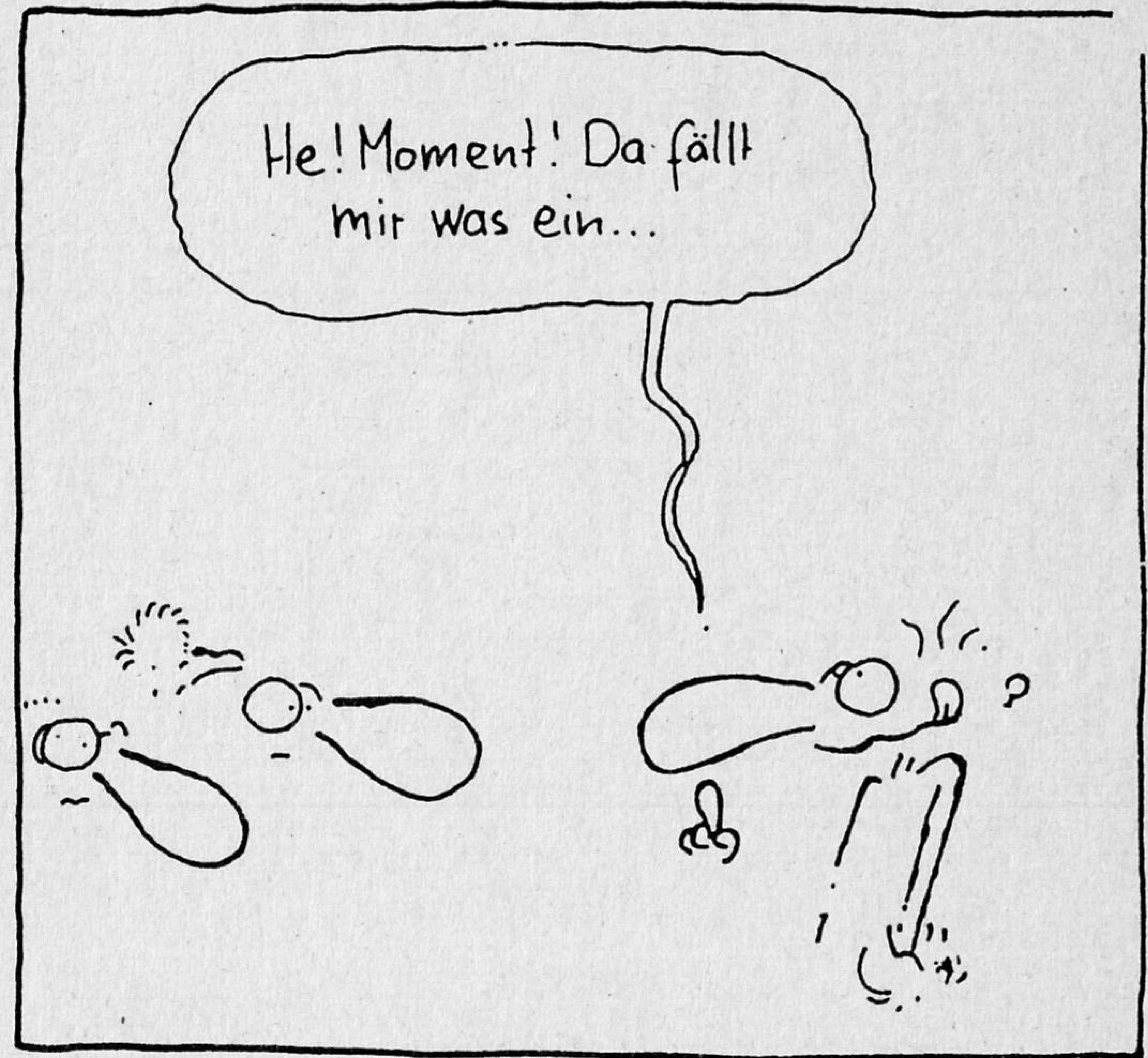
Kommt alle zur Kiezküche vorm Fraenkelufer 30, heute, Dienstag 27.6.89, um 20 Uhr!!!

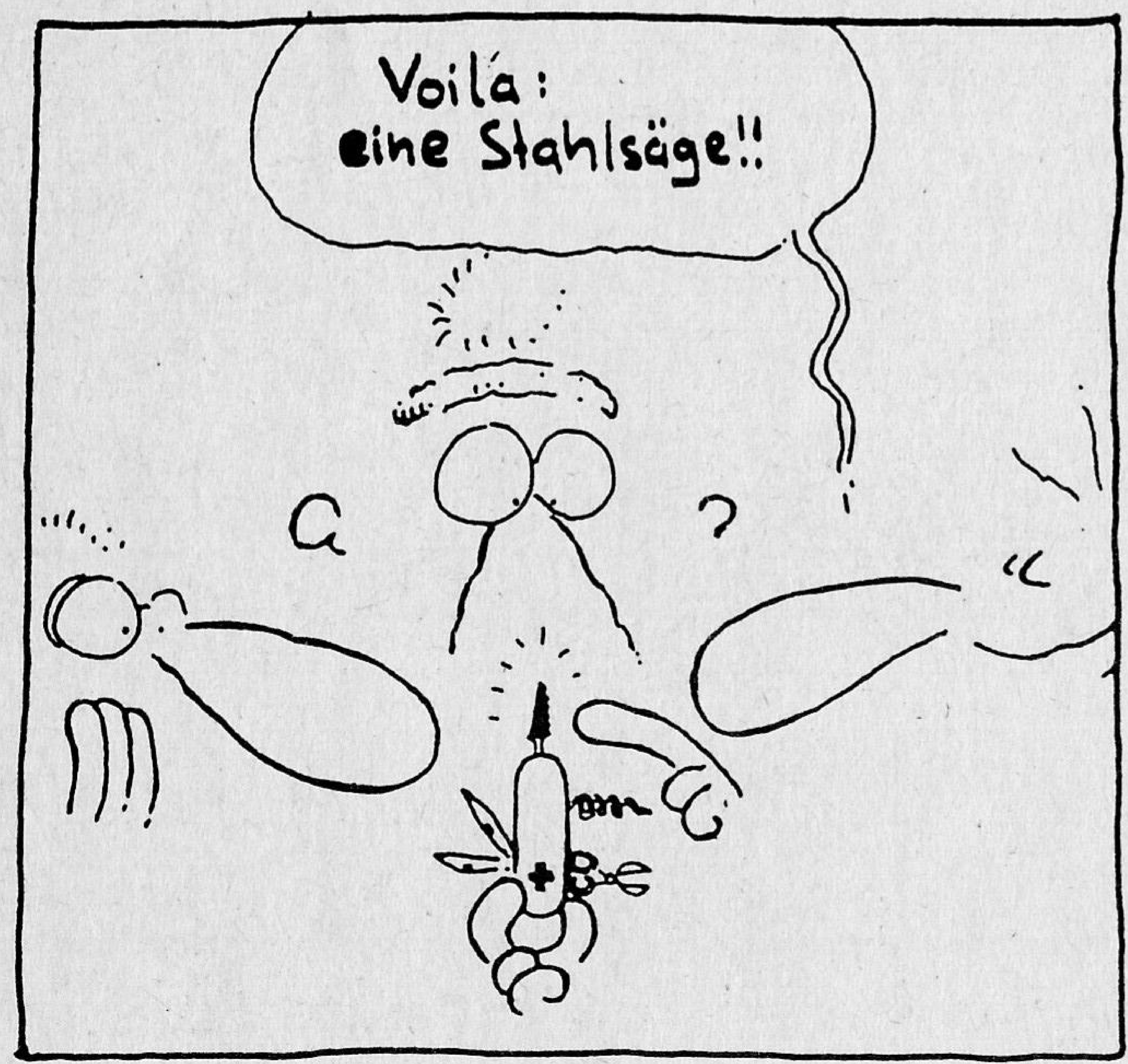

BLEIBT DABEI!

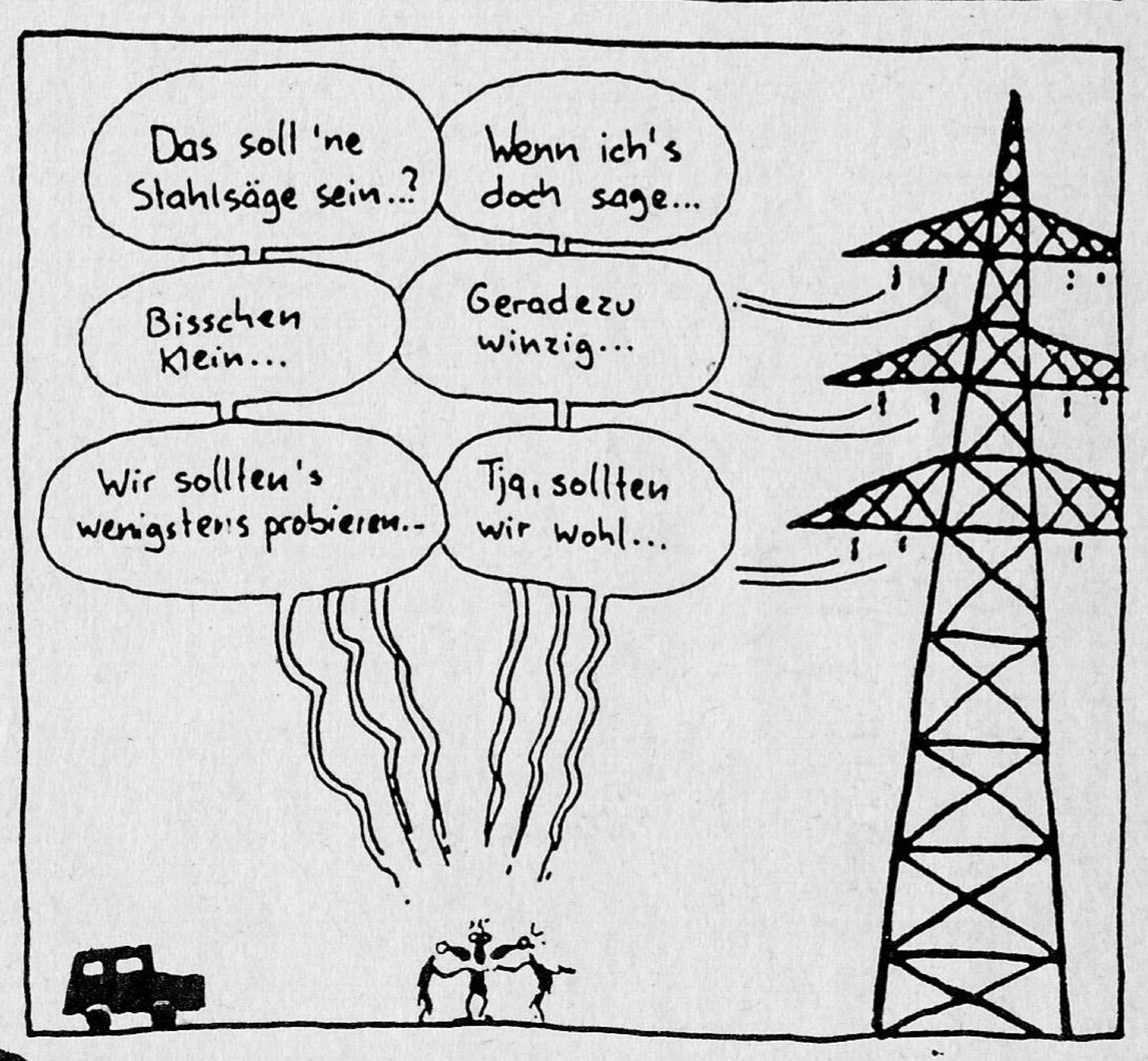

Ich mach ihn alle!!
Ich mach ihn alle!!
Nicht doch! Nicht doch!


Chhchffzz!!
Mensch! Reiss Dich zusammen!

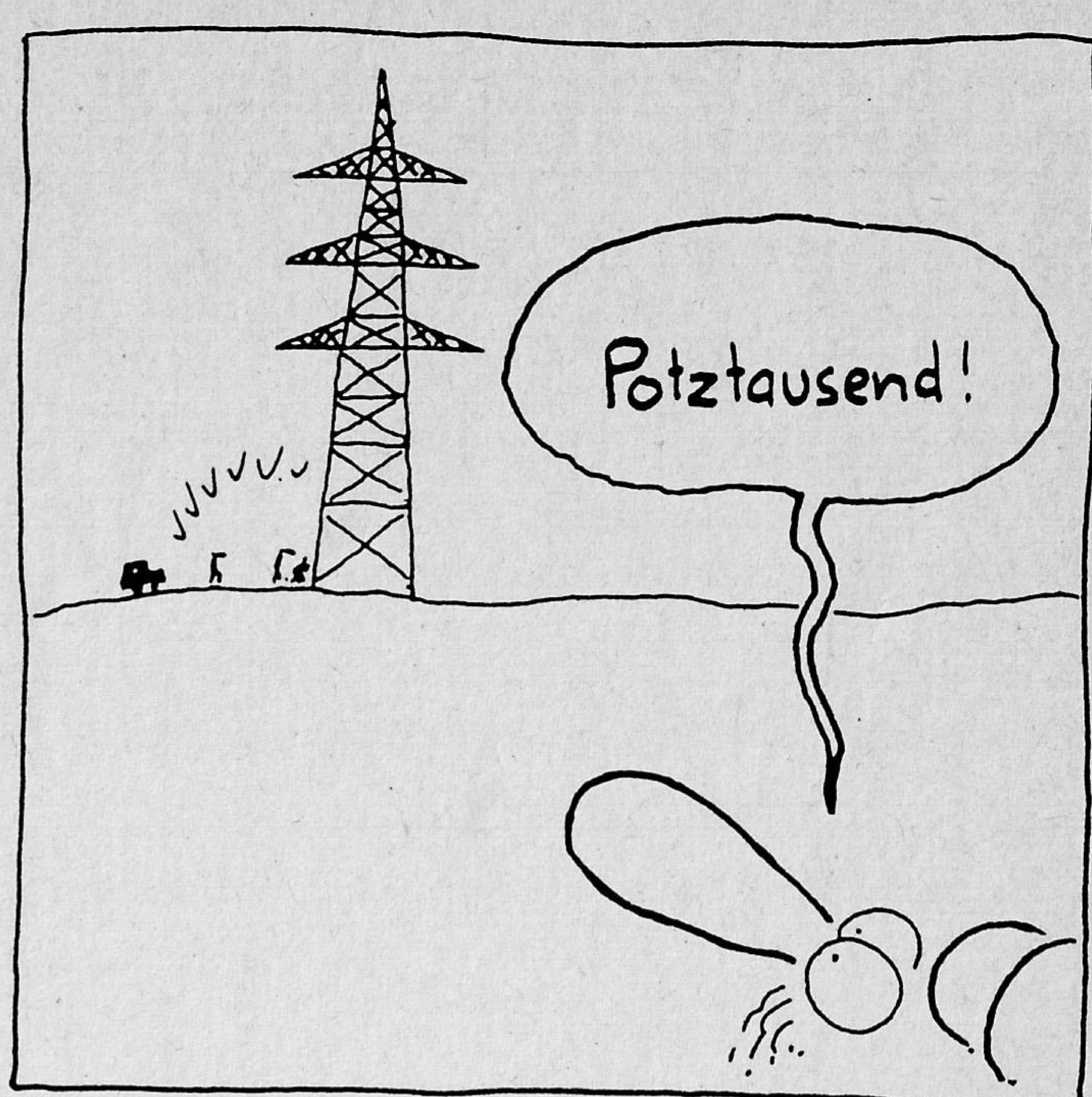

Denkt lieber drüber nach, was wir jetzt machen!!!
Pöh...
Frnzlnbrmpfl...

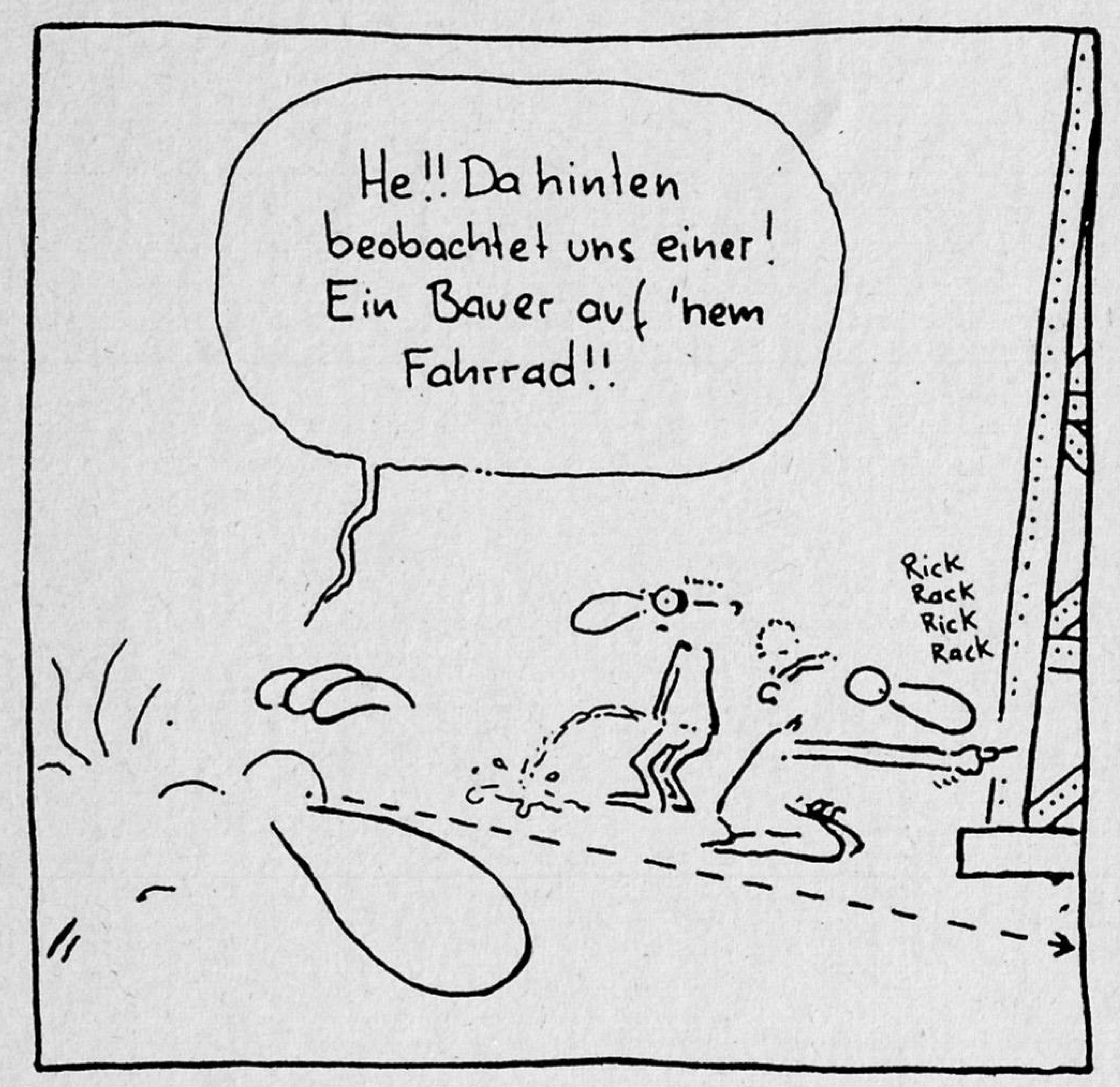

He! Moment! Da fällt mir was ein...


Voilà:
eine Stahlsäge!!

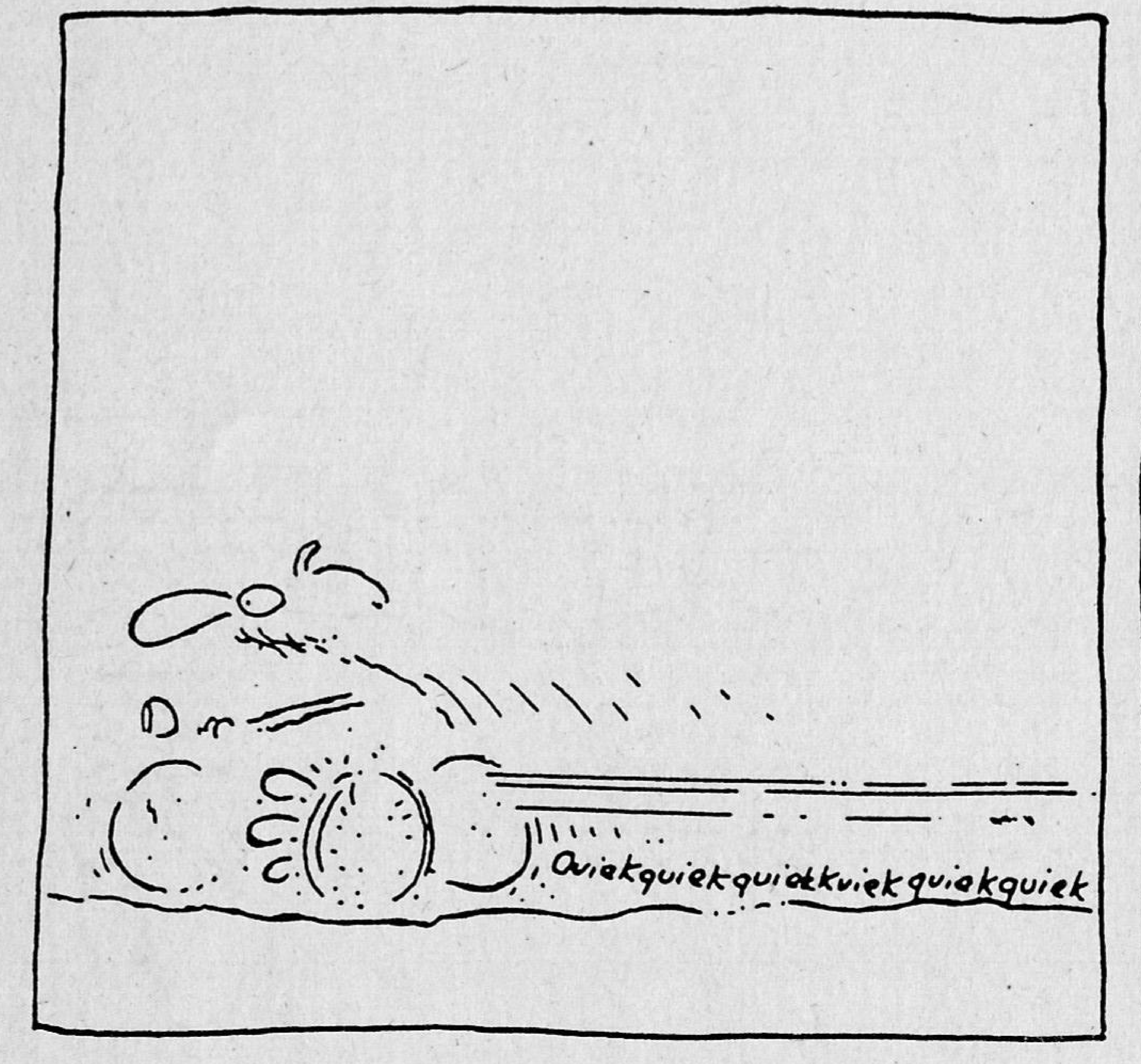

Das soll 'ne Stahlsäge sein..?
Wenn ich's doch sage...
Bisschen klein...
Geradezu winzig...
Wir sollten's wenigstens probieren..
Tja, sollten wir wohl...













(weiter hinten gehts immer noch weiter...)

WER HAT HIER WELCHE CHANCE VERTAN ? ?

gegendarstellung einiger bewohnerInnen der reichenberger II4 zu dem artikel von gerhard jung im 'SO 36' vom juni '89

der artikel vom mieterladen wienerstrasse vermittelt, dass wir, die bewohnerInnen der reichenberger II4, die scharfen, heissen angebote (was dann wären: einbau von innentoiletten und iso-fenstern, die dann nach ner instandsetzung angeblich nicht auf die miete angerechnet werden) abgelehnt hätten, bzw. sich einige der instandsetzung widersetzen.

DAZU GIBT'S VON UNSERER SEITE EINIGES VOM KOPF AUF DIE BEINE ZU STELLEN

was in dem artikel verschwiegen wird, ist, dass das konzept vom senat vorschreibt, dass der überwiegende teil der wohnungen modernisiert werden soll. laut mieterladen sollen in den strängen, wo eine modernisierung vorgesehen ist, vorerst zwar nur die vorrichtungen und anschlüsse für eine modernisierung gelegt werden, aber erstmal entsprechend der bewohnerInnen-wünsche nur instandgesetzt werden - längerfristig werden daraus allerdings modernisierte wohnungen. wohnungen, die nur nordfenster haben werden nicht gefördert, d.h. sie werden zwangsläufig mit helleren wohnungen zusammengelegt, was ne völlige umverteilung der wohnungen im haus zur folge hätte.

ZUR SITUATION IM HAUS

im haus gibt es für 5 wohnungen (ehemals besetzt) nutzungsverträge, die der weber zum 3o.6. gekündigt hat, ausserdem einige besetzte wohnungen und mehere zeitverträge, die auch zum 3o.6. gekündigt wurden, falls die mieterInnen nicht bereit sind, einen neuen verlängerungs-vertrag zu unterschreiben. dazu gibt's von seiten der mieterInnen keinen grund, da in ihren verträgen steht, dass sich das mietverhältnis automatisch verlängert, wenn nicht zu einem bestimmten zeitpunkt gekündigt wurde.
zeitgleich mit der kündigung der nutzungsverträge bekommen wir vom mieterladen einen schrieb, indem sie ankündigen, dass sie ihre arbeit (bezüglich instandsetzung/modernisierung) ebenfalls zum 3o.6. beenden.
in meheren gesprächen vermitteln die zuständigen berater g. jung und u. ülker, dass der ordnungsmassnahmenvertrag zwischen bezirksamt und weber zum 3o.6. abläuft, da s i e keine möglichkeit mehr sehen, dass für die reichenberger II4 eine förderungswürdige modernisierung/instandsetzung durchfürbar sei. die betonung, dass sei nochmals gesagt, liegt auf dem 'sie', da es sich um eine reine entscheidung des mieterladens handelt: der ordnungsmassnahmenvertrag läuft nämlich eigentlich erst zum ende des jahres aus.

für die besetzerInnen und bewohnerInnen mit nutzungsverträgen bedeutet diese entscheidung, dass zum I.7. die räumung ansteht.

UNSERE ERFAHRUNGEN MIT DEM MIETERLADEN WIENERSTRASSE

beginnen wir am anfang: wir haben mitbekommen, dass die mieterberater von wohnung zu wohnung gegangen sind und versucht haben, den mieterInnen die modernisierung ihrer wohnungen schmackhaft zu machen - obwohl eine frühere befragung schon ergeben hatte, dass die allermeisten mieterInnen eine instandsetzung wollen. das 'schmackhaftmachen' bestand darin den mieterInnen unterschiedliche informationen zu geben, u.a. auch falsche informationen.
darum wollten wir eine mieterInnenversammlung mit allen, wo offen über die situation im haus bez. instandsetzung geredet wird und alle die gleichen informationen erhalten.

auf der hausversammlung hatten wir einen forderungskatalog erstellt, der für uns voraussetzung und grundlage war, mit den zuständigen stellen und weber über instandsetzung/modernisierung zu reden. dieser forderungskatalog wurde von fast allen bewohnerInnen getragen und gegenüber mieterladen, S.T.E.R.N., orlowsky und wüntsch von der sanierungsverwaltungsstelle vertreten.
das geschah auf der mieterInnen versammlung, und auf eben dieser bestätigten uns die herren, dass sie unseren katalog berechtigt fänden, ihn unterstützen wollen und meinten, dass die praktische umsetzung eigentlich keine schwierigkeiten bereiten dürfte...

unsere wichtigsten forderungen waren:

- alle nutzungsverträge, alle befristeten mietverträge und alle besetzten wohnungen (also vielmehr deren bewohnerInnen) bekommen unbefristete mietverträge
- die instandsetzung/modernisierung wird nicht nach strängen durchgeführt, sondern nach den wünschen der einzelnen wohnparteien
- die grundrisse der wohnungen werden nicht verändert, es sei denn die bewohnerInnen wünschen es
- mitbestimmungsrecht bei nachmieterInnen
- gleiche mietpreise für alle und keine mieterhöhung bei wechsel der hauptmieterIn

auch weber bekam unseren forderungskatalog zugeschickt.
kurz danach begannen die ersten räumungsklagen ins haus zu flattern. angeblich, also laut weber wegen mietrückständen. 'mietrückstände' die auf grund berechtigter mietminderungen entstanden waren. als dann die kündigungen der zeitmietverträge ins haus flatterten, haben wir allen beteiligten der verhandlungen mitgeteilt, dass wir n i c h t w e i t e r v e r h a n d e l n, b i s d i e r ä u m u n g s k l a g e n u n d k ü n d i g u n g e n z u r ü c k g e z o g e n w e r d e n.

statt uns zu unterstützen, kam von g. jung nur der spruch, dass es doch klar wäre, dass weber uns kündigt, wenn wir die miete NICHT ZAHLEN würden. ausserdem wurden wir von mieterladen und herrn wüntsch in dieser situation unter druck gesetzt, die pläne für's haus zu machen - unabhängig von räumungen und kündigungen, da sich ansonsten nichts weiterbewegt und wir immer damit rechnen müssten, dass weber privat modernisiert oder verkauft.
sie argumentierten dabei in webers interesse, dass wir sozusagen die verhandlungen blockieren...
in dieser zeit gab es 2 termine, andenen auch weber teilnehmen sollte (einen bei S.T.E.R.N. und einen im mietreladen), bei denen es uns hauptsächlich darum ging von weber ne zusage zu bekommen, dass alle - unabhängig von ihrem derzeitigen status - mietverträge bekommen und die kündigungen rückgängig gemacht werden. selbstverständlich wollten wir diese absicherung schriftlich, in form von vorverträgen haben. beide male liess weber sich nicht blicken.
WIR WAREN DA.

trotz alledem, trotz unseres misstrauens gegenüber weber haben wir uns drauf eingelassen, die pläne für's haus zu konkretisieren. zum einen aus der notwendigkeit heraus, dass an dem haus jetzt endlich was passieren muss und zum anderen, um von uns aus, ein signal zu setzen, dass wir zu verhandlungen bereit sind. klar war, dass wir als nächstes dann von weber einen schritt erwarten.
im april haben wir dann die hälfte aller pläne abgegeben. ein bisschen mager, aber mehr haben wir aus organisatorischen gründen nicht geschafft (verdammt viel arbeit). es ging aber keinem darum, die planung zu blockieren.



mit dem beiden vom mieterladen wurde dabei ausgemacht, dass sie die pläne ~~für~~ der fehlenden wohnungen aus den ergebnissen ihrer eigenen befragung ergänzen und dass eventuell die pläne von den betroffenen selber nachgereicht werden.
soweit wir wissen sind keine pläne mehr nachgereicht worden, trotzdem kann es sich nur um 2 oder 3 wohnungen handeln bei denen die situation noch völlig ungeklärt ist.
von daher kam die aufkündigung der tätigkeit des mieterladens für uns überraschend. dass sie die schuld dafür den bewohnerInnen der reichenbergerstr. II4 zuschieben wollen,verdeutlicht nochmals ihr politisches selbstverständnis.

die gleichzeitigkeit der kündigungen von weber, vom mieterladen und dem ordnungsmassnahmenvertrag zwischen bezirksamt und weber, hat uns nochmal klargemacht, wie jetzt alle zusammen versuchen, den druck auf uns zu verstärken , d e r m i e t e r l a d e n e i n g e s c h l o s s e n ...

ZUM ORDNUNGSMASSNAHMENVERTRAG

dieser vertrag besteht zwischen dem bezirksamt und weber, und besagt zum einen, dass der eigentümer den leerstand der wohnungen und umzugspauschalen bezahlt bekommt. andererseits kann weber nicht eigenmächtig, ohne zustimmung des bezirksamtes uns kündigen oder rausschmeissen (was weber jedoch nicht dran gehindert hat, ohne wissen des bezirksamtes meheres mieterInnen zu kündigen. das bezirksamt hat sich zu diesem vertragsbruch jedoch nie verhalten).
auf der ersten mieterInnenversammlung mit orlowsky u.s.w. gab's die zusage vom bezirksamt, dass alle bewohnerInnen unabhängig vom status in die planung zur instandsetzung einbezogen werden.
würde der vertrag zum 3o.6. gekündigt, was von dem abschlussbericht des mieterladens und dem bezirksamt abhängig ist, heisst das, wir wären dann zum abschuss freigegeben und weber hätte freie hand uns räumen zu lassen.
am I6.6. haben wir von weber gefordert, dass er stellung zu den kündigungen bzw. den anstehenden räumungen bezieht. neben seinen üblichen leeren reden, haben wir von ihm erfahren, dass der ordnungsmassnahmenvertrag erst am I8.I.I99o abläuft.
ja, wer lügt denn nun? herr weber und/oder herr jung & herr ülker vom mieterladen? und wie sieht es mit der zusammenarbeit zwischen mieterladen und weber aus? oder? oder ist das alles nur ein dummer zufall?
uns drängt sich zwangsläufig der verdacht auf, dass gerade der mieterladen uns noch weiter in dei ecke drängen will, damit wir jetzt in ihrem sinne funktionieren. denn als auf grund der neuen situation nochmals einige bewohnerInnen im mieterladen und bei herrn wüntsch waren, stellten sie die situation so dar, dass wir jetzt ganz schnell - in eiber woche - die pläne fertig machen sollen. dann hätten wir noch eine chance. damit setzen sie uns bewusst unter zeitdruck, denn w e n n sie den abschlussbericht machen, steht ja allein in ihrer macht. ausserdem haben sie anfangs suggeriert, dass wir nur die pläne machen müssten, dann würden wir nicht geräumt. unabhängig von der fertigstellung der pläne, ist es unklar, ob es zu einer einigung mit weber kommt, den dem ist der anteil der instandsetzung viel zu gross...

die hausversammlung hat den mieterladen aufgefordert, nochmal ne mieterInnenversammlung einzuberufen, die ende juni stattfinden wird.
wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen und spalten in gute bewohnerInnen und welche, die sich gegen ne instandsetzung stellen.
es besteht seit langem das interesse der leute im haus und die dringende notwendigkeit, dass die reichenberger II4 von grund auf instandgesetzt wird.

es entspricht jedoch nicht unserem selbstverständnis, dass der senat den hauseigentümern und spekulanten die kohle in die ärsche drückt, um den anreiz zu bieten, die häuser zu modernisieren wodran sie sich dann bereichern.

UNS ENTSPRICHT DIE HAEUSER DENEN,DIE DRIN WOHNEN, DA AENDERT AUCH ROT-GRUEN NICHTS DRAN.

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN UND GEGENEINANDER AUSSPIELEN*******

KEINE RAEUMUNG IN DER REICHENBERGER II4*******

WIR BLEIBEN ALLE DRIN*******





Keine öffentliche Förderung für die Reichenberger 114:

Chance vertan

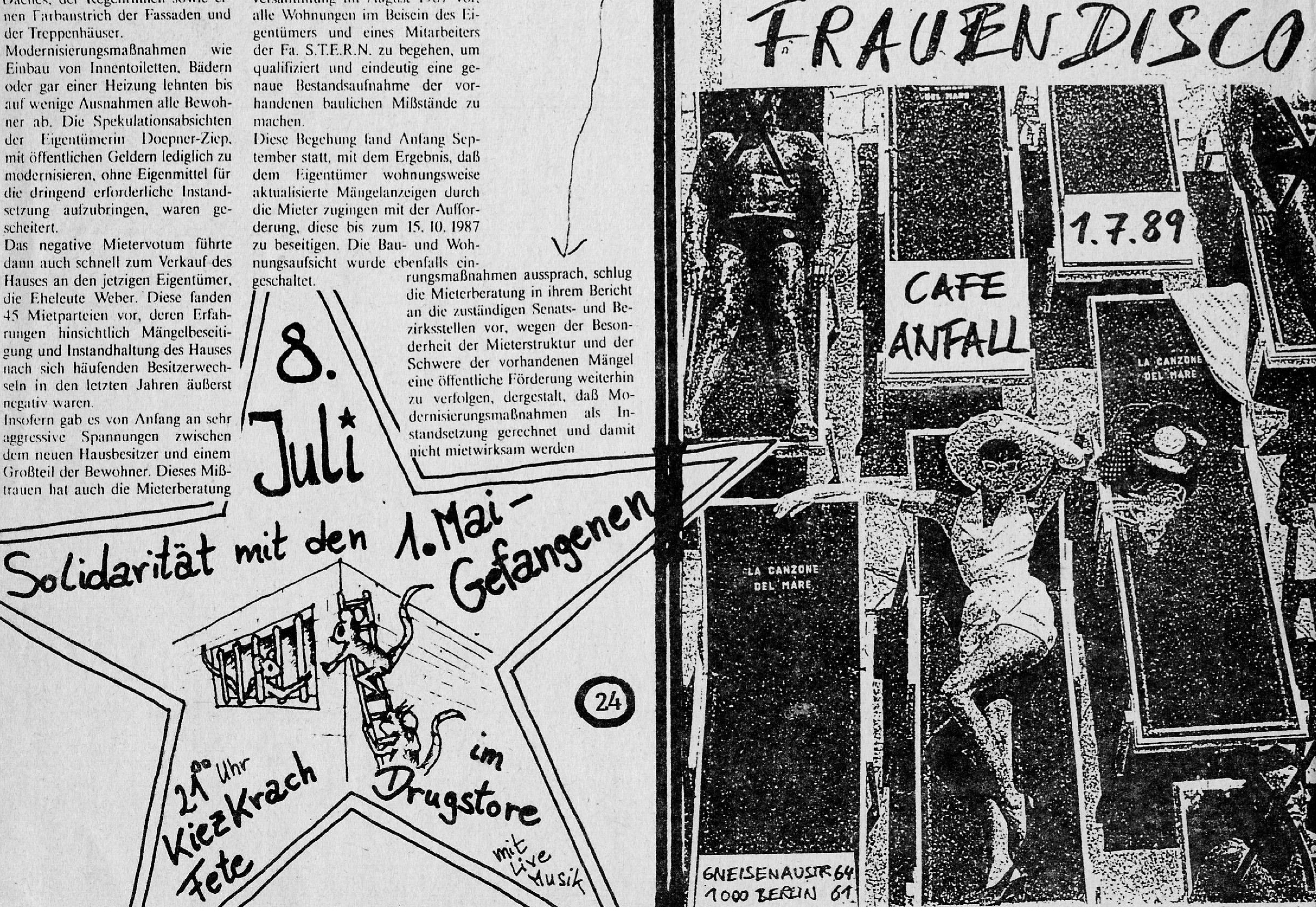
Nach nunmehr 3-jähriger Mieterberatung und -betreuung der Bewohner in der Reichenberger Straße hat die Mieterberatung ihre vom Bezirksamt Kreuzberg beauftragte Tätigkeit beendet.
Das Ergebnis:
Es wird keine öffentliche Förderung für die geplante Instandsetzung und Modernisierung des Hauses geben, weil es letztlich trotz großer Bemühungen nicht möglich war, sich auf ein einvernehmliches Konzept hinsichtlich der Baumaßnahmen, der Grundrißänderungen und der Belegung zukünftiger Wohnungen mit den Mietern und Besetzern zu verständigen.

Zuletzt war das Haus in den Schlagzeilen, als der jetzige Eigentümer, Herr Weber, sechs besetzte Wohnungen am 2. August 1988 räumen ließ, um auf Drängen der Mieterberatung und des Stadtplanungsamtes die Wohnungen ausschließlich gegen Nutzungsverträge den Geräumten doch wieder zur Verfügung zustellen.
Als die Mieterberatung im Sommer 1986 die Mieter im Vorderhaus, Seitenflügel und im Quergebäude zum ersten Mal nach ihren Ausstattungswünschen fragte, forderten diese nachträglich die dringende Instandsetzung des Hauses, insbesondere die Reparaturen der Fenster und Öfen, die Erneuerung der Wassersteigestränge, die Reparatur des Daches, der Regenrinnen sowie einen Farbanstrich der Fassaden und der Treppenhäuser.
Modernisierungsmaßnahmen wie Einbau von Innentoiletten, Bädern oder gar einer Heizung lehnten bis auf wenige Ausnahmen alle Bewohner ab. Die Spekulationsabsichten der Eigentümerin Doepner-Ziep, mit öffentlichen Geldern lediglich zu modernisieren, ohne Eigenmittel für die dringend erforderliche Instandsetzung aufzubringen, waren gescheitert.
Das negative Mietervotum führte dann auch schnell zum Verkauf des Hauses an den jetzigen Eigentümer, die Eheleute Weber. Diese fanden 45 Mietparteien vor, deren Erfahrungen hinsichtlich Mängelbeseitigung und Instandhaltung des Hauses nach sich häufenden Besitzerwechseln in den letzten Jahren äußerst negativ waren.
Insofern gab es von Anfang an sehr aggressive Spannungen zwischen dem neuen Hausbesitzer und einem Großteil der Bewohner. Dieses Mißtrauen hat auch die Mieterberatung wiederholt während ihrer Tätigkeit zu spüren bekommen. So gibt es bis heute Bewohner, die es ablehnen, Programmkonditionen, Grundrißplanungen etc. zu erörtern.
Die meisten der überwiegend Ein- oder Zweipersonenhaushalte sind auf den preiswerten Wohnraum wegen geringer Einkommen angewiesen. Die Mieten liegen zwischen 2,80 DM und 5,70 DM kalt pro m².
Der neue Eigentümer übernahm auch viele ungeklärte Mietverhältnisse, da Nachfolgemieter ohne schriftlichen Mietvertrag eingezogen waren.
Wegen gravierender Mängel in den Wohnungen und am Haus schlug die Mieterberatung auf der Mieterversammlung im August 1987 vor, alle Wohnungen im Beisein des Eigentümers und eines Mitarbeiters der Fa. S.T.E.R.N. zu begehen, um qualifiziert und eindeutig eine genaue Bestandsaufnahme der vorhandenen baulichen Mißstände zu machen.
Diese Begehung fand Anfang September statt, mit dem Ergebnis, daß dem Eigentümer wohnungsweise aktualisierte Mängelanzeigen durch die Mieter zugingen mit der Aufforderung, diese bis zum 15. 10. 1987 zu beseitigen. Die Bau- und Wohnungsaufsicht wurde ebenfalls eingeschaltet.
Der Eigentümer beauftragte daraufhin tatsächlich Töpfer, Tischler und Klempner und ließ notwendige Reparaturen durchführen. Bei den nicht mehr zu reparierenden Einfachfenstern bot der Eigentümer an, diese durch Isolierglasfenster zu ersetzen, ohne zunächst eine Umlage dafür zu verlangen.
Nach dem Ergebnis der Mieterbefragung hätten danach 30 Fenster sofort ausgetauscht werden können.
Der Eigentümer scheute jedoch wegen der ungeklärten Umlage der Kosten auf die Miete beim Scheitern seines Antrages auf öffentliche Förderung zurück.
Der bauliche Zustand des Hauses ist selbst für Kreuzberger Verhältnisse ungewöhnlich schlecht und eine Verbesserung über private Mängelanzeigen und Einschalten der Bau- und Wohnungsaufsicht nicht in Sicht.
Die katastrophalen Wohnverhältnisse machten es ebenfalls notwendig, daß unabhängig vom Ausgang des Mietervotums bereits Mietparteien in eine modernisierte Altbauwohnung unter Inanspruchnahme von Umzugsgeldern umziehen konnten.
Auf Drängen der Mieterberatung wurde deshalb schon im Jahr 1988 eine entsprechende vertragliche Regelung zwischen dem Eigentümer und dem Bezirksamt getroffen (Ordnungsmaßnahmenvertrag).
Tatsächlich zogen im Winter 1987/88 sieben Mietparteien aus. Die Wohnungen wurden entweder besetzt, oder Herr Weber ließ Mieter mit Zeitmietverträgen einziehen.
Obwohl das Ergebnis der Mieterbefragung sich auch diesmal eindeutig gegen mietwirksame Modernisierungsmaßnahmen aussprach, schlug die Mieterberatung in ihrem Bericht an die zuständigen Senats- und Bezirksstellen vor, wegen der Besonderheit der Mieterstruktur und der Schwere der vorhandenen Mängel eine öffentliche Förderung weiterhin zu verfolgen, dergestalt, daß Modernisierungsmaßnahmen als Instandsetzung gerechnet und damit nicht mietwirksam werden.
Der Fa. S.T.E.R.N. gelang es, auf der Grundlage unseres Berichtes für das Haus Reichenberger Str. 114 für Berlin einmalige Konditionen beim Bausenat durchzusetzen:
Danach werden im Quergebäude, im Seitenflügel und bei Bedarf sogar im Vorderhaus jeweils 1-Zimmer-Wohnungen nur mit Innentoiletten-Einbau öffentlich gefördert, ohne daß diese Maßnahme auf die Miete umgelegt wird. Der Einbau von Iso-Fenstern in diesen Wohnungen wird ebenfalls nicht mietwirksam.
Dieses Ergebnis entspricht denjenigen Mietern im Haus, die keinerlei mietwirksame Modernisierungsmaßnahmen dulden wollen.
Seit Sommer letzten Jahres bemühte sich seither die Mieterberatung, ein Einvernehmen zwischen Bewohnern und Eigentümer auf der Grundlage eines solchen Konzeptes herzustellen.
Das Ergebnis unserer Bemühungen sieht bis heute so aus, daß es bei vielen Bewohnern keine grundsätzliche Bereitschaft gibt, sich überhaupt auf einen solchen Abstimmungsprozeß einzulassen.
Von daher gibt es auch bis heute kein positives Mietervotum, das es dem Land Berlin ermöglicht, dem Eigentümer die öffentliche Förderung für die Instandsetzung und Modernisierung des Hauses in Aussicht zu stellen. Im Anschreiben an die Bewohner vom 21. 5. 1989 heißt es deshalb:
„Wir beenden deswegen ab sofort unsere Tätigkeit als Mieterberatung u. a., weil:
- *trotz wiederholter Anschreiben und Hausbesuche unsererseits haben es einige Bewohner abgelehnt, überhaupt mit uns über die beabsichtigte Instandsetzung und Modernisierung des Hauses zu reden;*
- *selbst nach einer Mieterversammlung unter Leitung des damaligen Baustadtrates Orlowsky am 15. 12. 1988, auf der fast alle Forderungen der Bewohner und Besetzer lösbar schienen, war es im nachhinein nicht möglich, zu einer konstruktiven Auseinandersetzung über die Maßnahmen, die Grundrißänderungen und die zukünftige Belegung der Wohnungen zu kommen;*
- *das Votum der Bewohner läßt im Quergebäude gut belichtete und belüftete Wohnungen durch Zusammenlegung von Wohnungen bzw. Änderung von deren Grundrissen nicht zu;*
- *seit Januar 1989 die Beteiligung von Bewohnern an allen Abstimmungsprozessen zwischen der Mieterberatung, S.T.E.R.N., Stadtplanungsamt und z.T. des Eigentümers keinen Fortgang in die Sache brachte.*

Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch weiterhin in allen Fragen, die Ihre Mietwohnung betreffen, in unseren Sprechstunden:
Mittwoch 16.00 - 18.00 Uhr
Donnerstag 16.00 - 18.00 Uhr
zur Verfügung."

Ob Herr Weber wieder räumen läßt, um anschließend selbst privat zu modernisieren – oft genug angekündigt hat er es ja – oder das Haus mit den geräumten Wohnungen an einen der zahlreichen Kaufinteressenten verkauft, steht heute noch nicht fest.
Herr Weber hat lediglich zugesagt, daß er vor einem Verkauf das Bezirksamt Kreuzberg informieren wird.

Gerhard Jung



REPRESSIONEN

GEGEN STUDENT/INNEN

19. JUNI 1989 : Erstes Urteil wegen des UNI - STREIKS (Blockade der Physiologie imJanuar) : 15 Tagessätze a 20.- DM für " Widerstand gegen die Staatsgewalt "

! 27. JUNI 1989 - also am Dienstag dieser Woche - : Prozeß wegen " schweren Landfriedensbruchs " ebenfalls bei den Medi - Aktionen in der Turmstr. 91, Raum 371, Beginn : 9 h !

... mindestens 40 weitere Verfahren im Zusammenhang mit dem Uni - Streik stehen noch an. Einzelne StudentInnen werden willkürlich für die Unistreikbewegung verantwortlich gemacht und bestraft, um so die StudentInnenschaft vor weiteren, gemeinsamen Aktionen abzuschrecken.

Grundlage dieser Strategie (- Repressionen durch Kriminalisierung -) sind die allgemeinen Anzeigen des Präsidialamts wegen Hausfriedensbruchs und damit in Zusammenhang stehenden Straftaten. Auch wenn Heckelmann - scheinbar entgegenkommend - jetzt die Hausfriedensbruchsanzeigen bei einzelnen zurückzieht, laufen die Verfahren und Ermittlungen in den meisten Fällen von Staats wegen weiter.

Wir dürfen nicht durch unser Schweigen und unsere Tatenlosigkeit diese Machenschaften unterstützen! Es hätte jeden von uns während des UNI - STREIKS treffen können!



Die 'ehrenwerte' Gesellschaft des Präsidialamts

Harald Duwe/»Familie

ZEIGEN WIR HECKI, DASS WIR AUF SEINE TRICKS NICHT REINFALLEN!

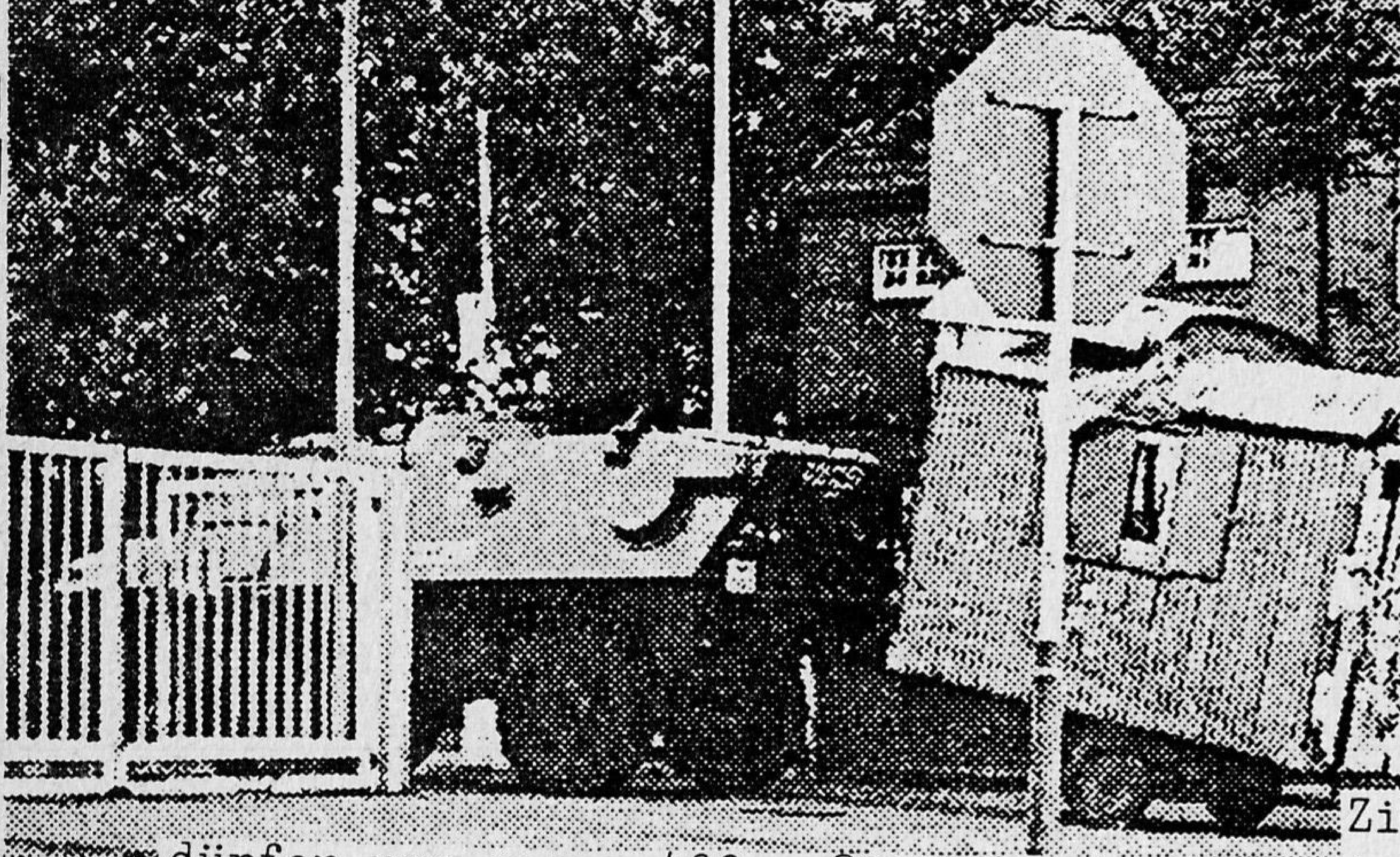
WIR BLOCKIEREN DAS PRÄSIDIALAMT AM DONNERSTAG 29. JUNI AB 8⁰⁰ h

(Altensteinstr. 40)

DEN WIDERSTAND IN DEN VIERTELN ORGANISIEREN. JETZT.

Der Polizeiüberfall auf die Bauwagen in der Hafenstr. (Büttellohnkosten mindestens 7,2 Mio DM) und der Versuch den Einsatz der bereitstehenden Abrissbirne zu rechtfertigen, soll wiederholt werden. Am 26.6. will der Cheff der Hafenrand-Abriss GmbH, Dierksen, in unseren Wohnungen rumwühlen. Die restlichen beiden Bauwagen sollen dabei auch gleich von der Polizei gestohlen werden.
Diese Angriffe richten sich nicht aleine gegen die Hafenstr.. Das belegt die Politik der letzten Wochen deutlich:

- In der Nacht nach der Bauwagenräumung am Hafen wurde mit massivem Polizeiaufgebot versucht, eine Freiluftfilmvorführung zu verhindern: Die Leinwand sei eine Barikade.
- In der selben Nacht wurde ein an eine Zugmaschine angekoppelter Bauwagen, der am Straßenrand parkte ohne juristische Handhabe von einem Panzerwagen geraubt. Die beschlagnahmten 3 Wagen

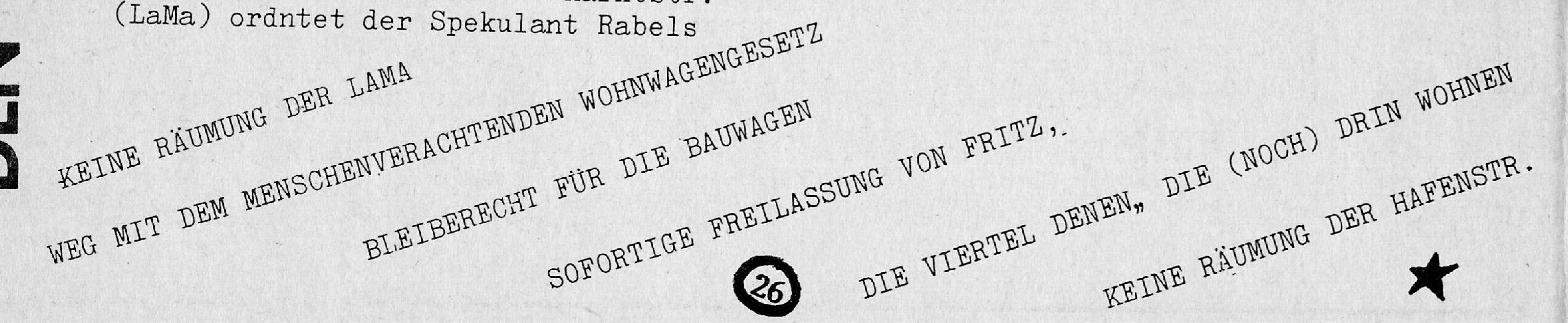


dürfen nur gegen 400 - 800DM/ Stck. ausgelöst und nicht mehr bewohnt werden.

- 2 Bauwagen, die auf einem Kirchengelände vorübergehend untergebracht sind wollte die Polizei entwenden, zog sich beim unverhofften Auftritt etlicher Kirchgänger aber dann erstmal schamhaft zurück.
- Kurz darauf wird ein leeres Grundstück in der Marktstr. von den Nachbarn begrünt und zwei kleine Hütten errichtet. Der Senat läßt prompt alles niederwalzen.
- Der nicht rechtskräftig gesinnungsverurteilte Fritz Storim wird dreist verhaftet und eingeknastet.
- In den Häusern Laitzstr. - Marktstr. (LaMa) ordntet der Spekulant Rabels (Sproß des Ex- SPD Regierungsrates Rabels) die Räumung von 15 Wohnungen an und droht, seine Schlägertrupps dort einziehen zu lassen.
- Dem Bauwagenplatz in der Virchowstr. wird verfügt, daß ein dritter Wagen zu verschwinden habe. Bei ihnen bilden 3 Wagen eine kriminelle Vereinigung - einfach unkontrollierbar.
- Aktive Antifaschisten werden von "Anti"faschist Hackmann mit Hausdurchsuchungen verfolgt und nach § 129 a eingeknastet.
- Die Räumungsklage gegen die Bewohner der Hafenstr. wurde eröffnet. Begründung: Die 1987 geschlossenen Verträge seien ungülitig, weil seit 1985 noch Unbewohnbarkeitsverfügungen für 3 Häuser existent seien. Sowohl Donanhy als auch Vorschesau haben diese Unbewohnbarkeitsverfügungen jedes Jahr fortschreiben lassen. Diese Papiere haben keinen Bezug zum heutigen Zustand der Häuser. Sie hatten ihn auch damals nicht: Bäder, die WIR eingebaut hatten, berechneten sie mit 3000.- DM/Stck. FÜR SICH. Türen, die WIR eingebaut hatten mit 1000.+DM/Stck. Unkosten FÜR SICH. Fenstergriffe kosteten in jenem "Gutachten" 300.- DM/Stck.. so kamen Renovierungskosten zusammen, die den Abriß rechtfertigen sollten.
Zweites Argument sind die Mietrückstände des Hafens. Die Sozi weigert sich plötzlich bei vielen Wohnungen die "Wucher"mieten zu bezahlen. Diese Mieten waren seit Jahren den Behörden bekannt und auch als angemessen akzeptiert.

Ziel all dieser breitgefächerten Angriffe ist es, Widerstände aus dem Weg zu räumen. Sie haben Angst, wir könnten ihre Pläne stören: Sie wollen ein High Technology Zentrum im Freihafen aus dem Boden stampfen. Die paar Arbeitsplätze, die dort geschaffen werden, sind hochspezialisiert. Alle anderen werden wegautomatisiert. Für die Spezialisten entstehen dann schicke Penthouses in unseren Vierteln. Wer sich sowas nicht leisten kann, soll an den Stadtrand verschwinden. Ihr Ziel ist es unsere Lebensweise zu zerstören und unsere Lebenszusammenhänge zu zerschlagen!

ES WIRD HÖCHSTE ZEIT
am **FREITAG, 23.6.** um **17UHR** DEMONSTRIEREN
WIR VOM KEMAL ALTUN PLATZ ZUM HAFENRAND



TAZ - HH vom 23. 6. 89.



Fritz Storim sitzt in Isolationshaft

Seine Anwälte werden vor jedem Besuch nach Waffen durchsucht / Kein Strom in der Zelle: Nicht einmal Teekochen ist möglich / Stellungnahme der Justizbehörde: „Isolationshaft - das ist Definitionssache"

■ taz. Der Staatsschutzsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts (OLG) hat gegen den Hamburger Lehrer Fritz Storim ein Haftstatut erlassen, das es nach Angaben von Jusitzsenator Wolfgang Curilla in Hamburg gar nicht geben kann: Strengste Isolationshaft. Storim war - wie berichtet - im Februar dieses Jahres von dem gleichen Gericht wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (Paragraph 129a) zu einem Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt worden. Am 31. Mai hatten Zivilfahnder ihn in St. Pauli festgenommen.

Seither ist Storim strengster Isolation ausgesetzt. Er sitzt in einer Einzelzelle ohne Stromanschluß, umgeben von Leerzellen auf jeder Seite. Durch den Stromentzug wurde dem leidenschaftlichen Teetrinker sogar die Möglichkeit genommen, sich per Tauchsieder eine Tasse Tee zu kochen. Von Gemeinschaftsveranstaltungen ist Storim ausgeschlossen, er hat Einzelhofgang. Duschen ist ebenfalls nur einzeln erlaubt. Es gibt kein normales Einkaufen, Storim darf nur einen Bestellschein ausfüllen - was für Untersuchungsgefangene völlig unüblich ist. Auch die Essenausgabe erfolgt nicht durch die Kalfaktoren (Küchendienst der Gefangenen), sondern durch Sicherheitsbeamte. Jede Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen ist verboten, jeder Zuruf wird unterbunden.

Zusätzlich finden zwei Mal wöchentlich Zellendurchsuchungen statt, die angesichts der Sonderhaftbedingungen von seinen Anwälten als „Schikane" bezeichnet werden. Private Post unterliegt der Kontrolle des OLGs, private Besuche finden mit Trennscheibe und unter der Überwachung des Landeskriminalamtes statt. Nach einer neuen Anweisung der Haftanstalt soll allerdings jetzt im Einzelfall entschieden werden, ob Besuche ohne Trennscheibe stattfinden dürfen.

Selbst Pastor Christian Arndt sollte Fritz Storim bisher nur unter den verschärften Sicherheitsbedingungen besuchen dürfen, was der Geistliche jedoch ablehnte. Er verwies auf die Praxis aus dem Jahre 1988, wo es selbstverständlich war, daß Pastoren in Anwesenheit des Anstaltpfarrers Gespräche mit 129a-Gefangenen führen konnten.

Die Einsicht in dieses OLG-Haftstatut wurde Fritz Storim bislang verwehrt. Er stellte allerdings fest, daß es außen an seiner Zellen-Tür angeschlagen worden ist. Als er es lesen wollte, wurde ihm dies untersagt.

Sonderhaftbedingungen für Storim bestehen auch im Umgang mit seinen AnwältInnen Ute Brandt und Peter Tode. Nicht nur, daß die Verteidigerpost überwacht wird, auch sämtliche Besuche finden mit Trennscheibe statt. Storim muß sich vor jedem Besuch einer Leibesvisitation unterziehen.

Den Hammer präsentierte der OLG-Senat Anfang dieses Monats. Der Staatsschutzsenat ordnete an, daß Storims VerteidigerInnen vor ihren Besuchen auf den Besitz von Waffen und anderen gefährlichen Gegenständen zu überprüfen seien. Seitdem werden die JuristInnen elektronisch über der Kleidung durchsucht, mitgeführte Behältnisse werden durchleuchtet.

Begründet wird dieses Novum in der hanseatischen Rechtsgeschichte damit, daß Storim das Aussehen seiner Zelle beschrieben und seinen ungefähren Standort im Knast in einer Skizze festgehalten hatte. Der OLG-Senat konstruiert nun daraus, daß es sich bei den Aufzeichnungen nur um einen „Befreiungsplan" handeln könnte. Die Anwälte: „Diese Argumentation impliziert die Unterstellung, die Verteidiger würden Fritz Storim mit Waffengewalt befreien wollen. Eine absurde wie skandalöse Anschuldigung."

Eine Mitverantwortung an den Isolations-Haftbedingungen lehnte die Justizbehörde gestern ab. Die Sprecherin: „Isolationshaft - das ist immer eine Frage der Difinition. Für die Haftbedingungen von Herrn Storim ist das zuständige Oberlandesgericht verantwortlich, darauf hat die Justizbehörde keinen Einfluß."

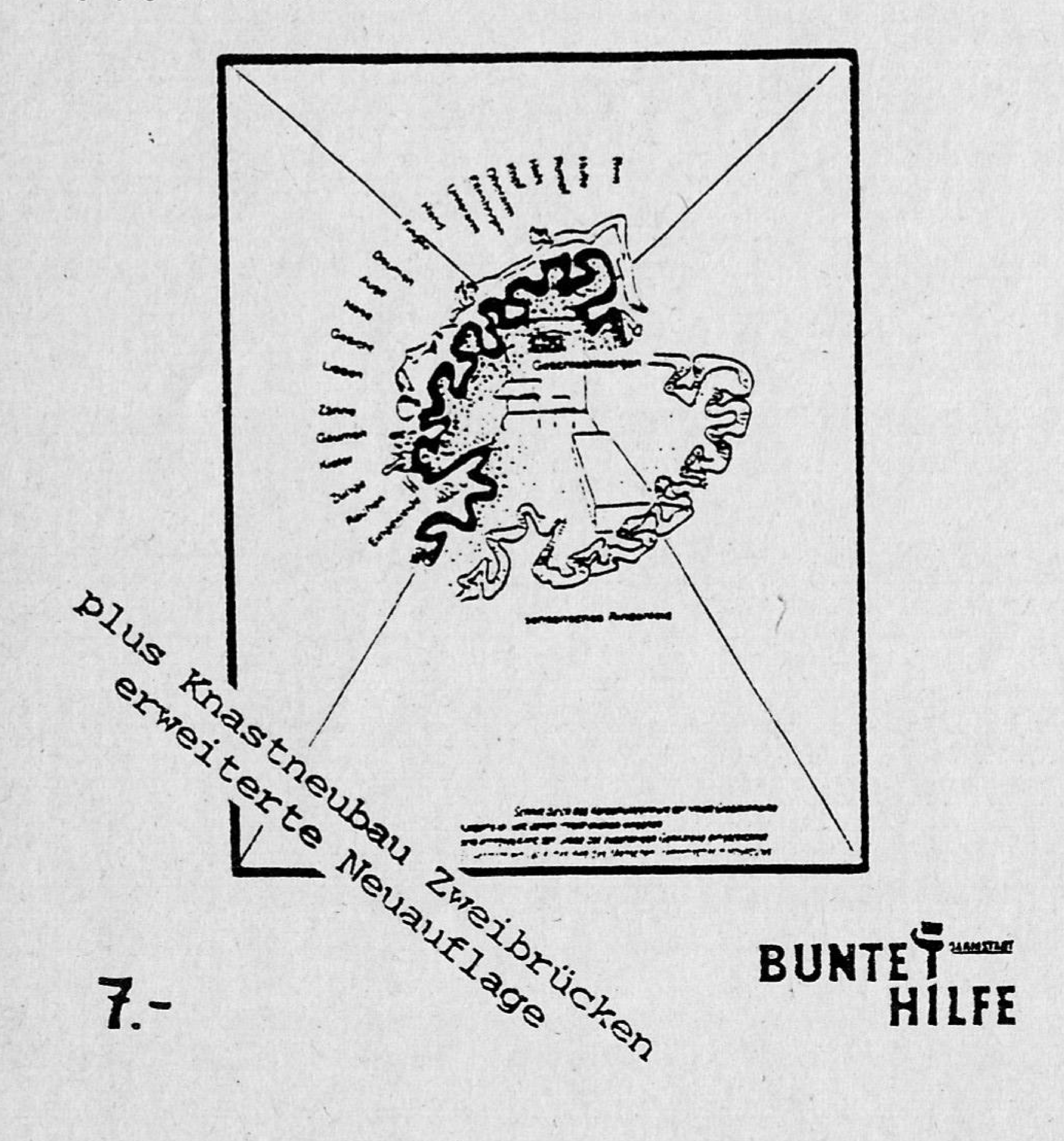
Kai von Appen

Adresse: Fritz Storim, c/o Hanseatisches Oberlandesgericht - 3. Strafsenat -, Az. 2 0 Js 7/87, Sievekingsplatz 3, 2000 Hamburg 36.

seine Adresse:

Fritz Storim
c/o 3.Strafsenat beim
Hanseatischen OLG
2000 - HAMBURG 36

Postfach 30 01 21
AZ: 2oJs 7/87

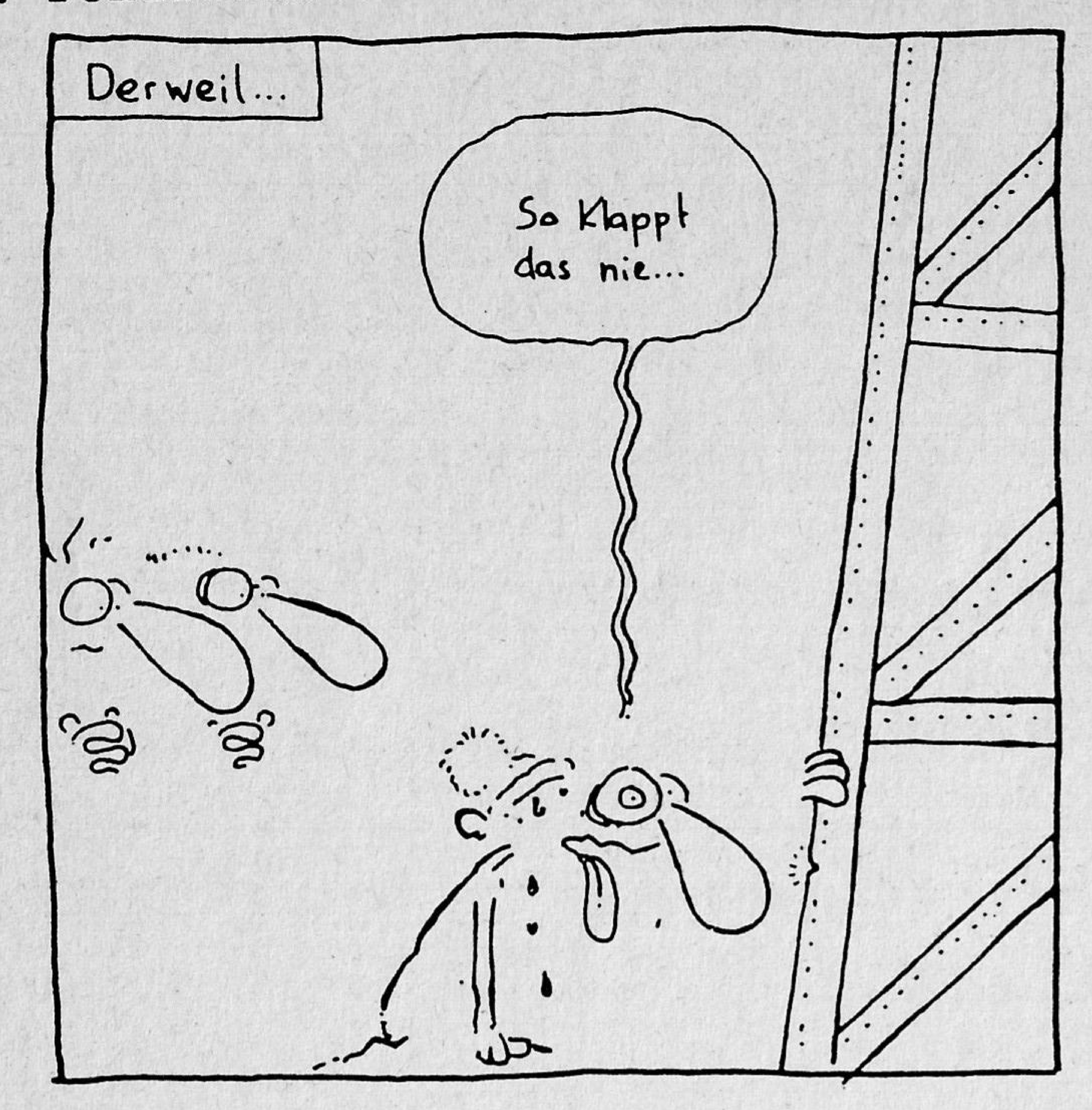


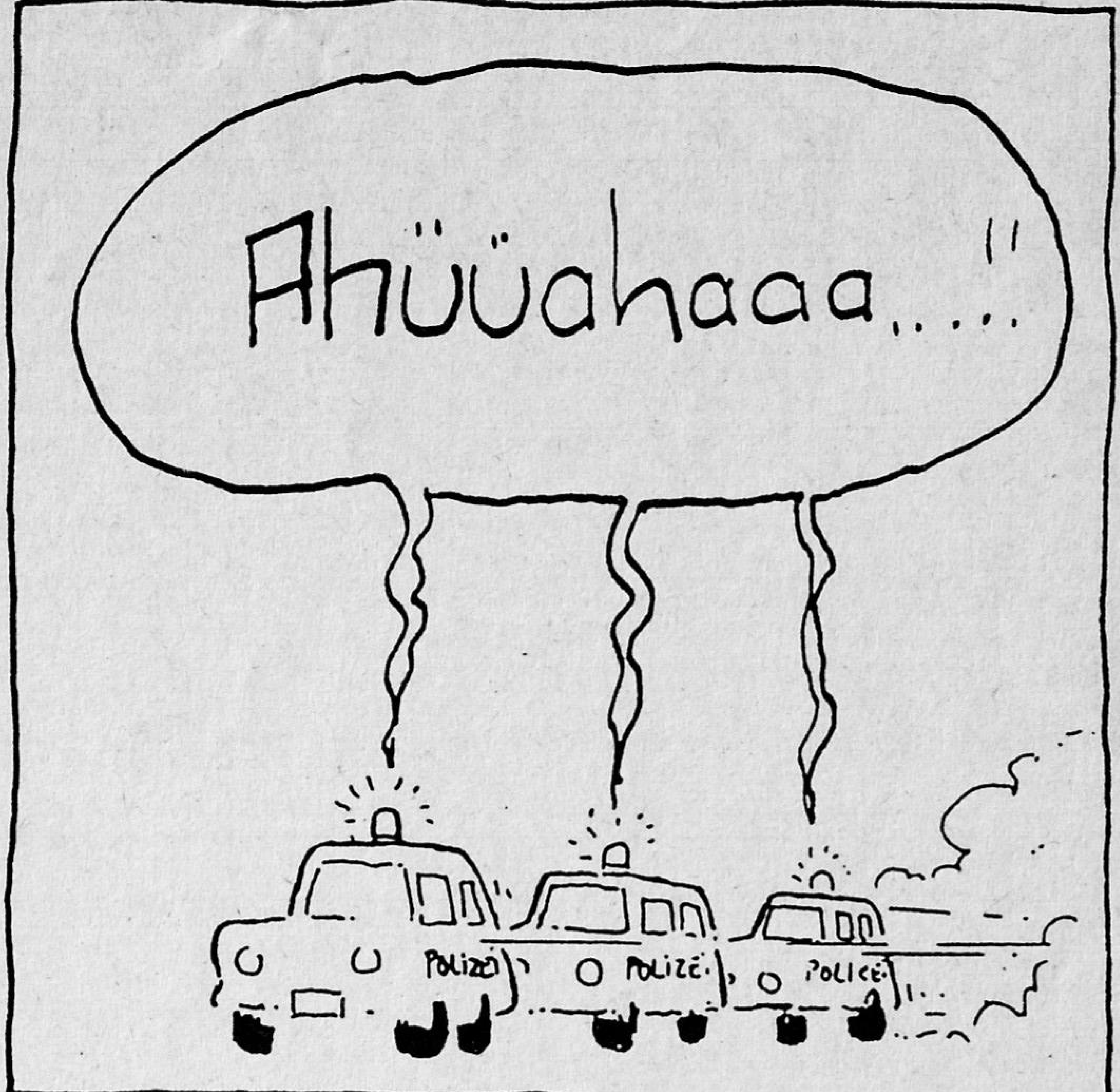
GEHIRNWÄSCHE UND ISOLATIONSHAFT ALS NORMALVOLLZUG

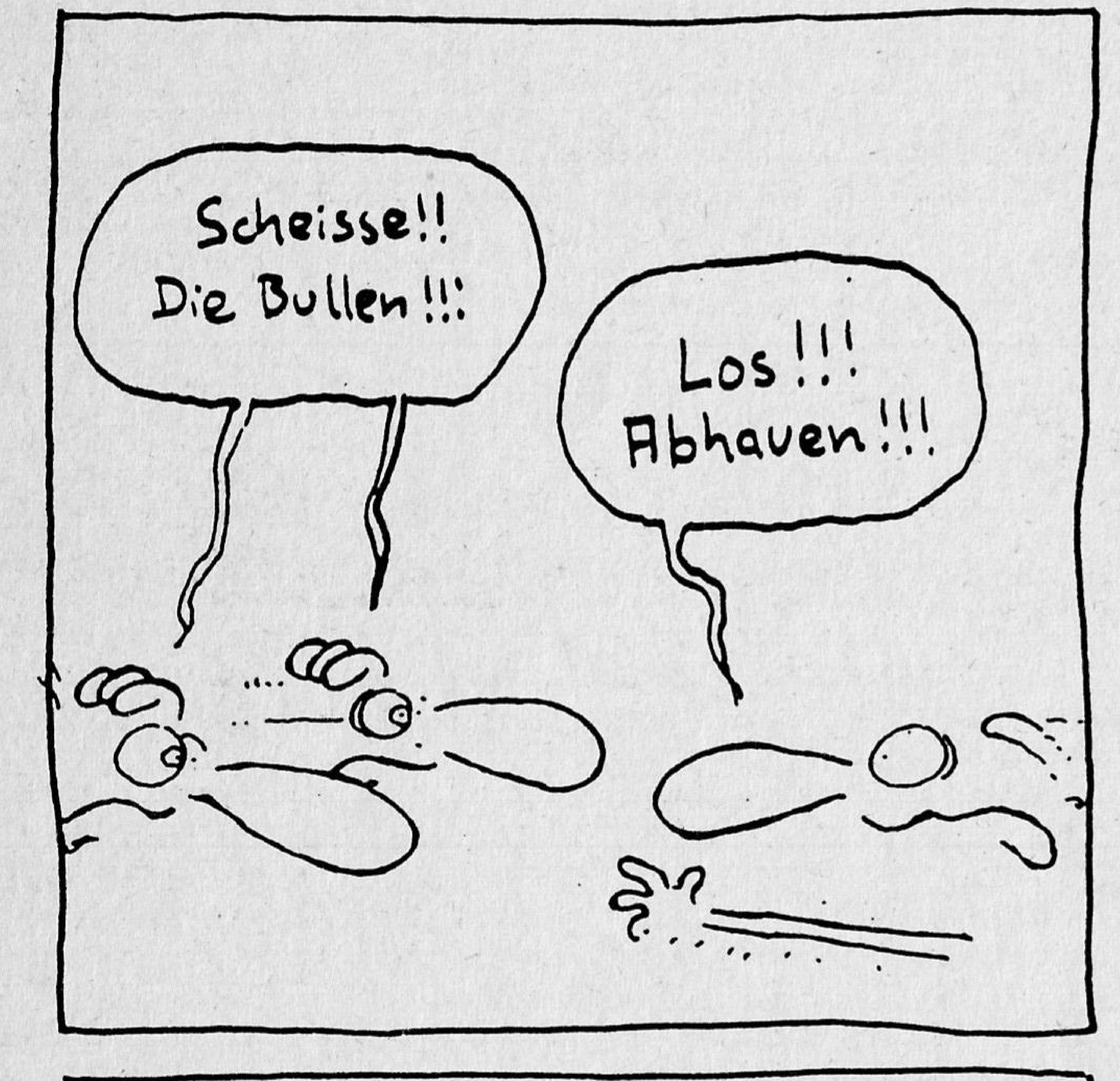
Neuauflage erschienen.

Im Januar vorigen Jahres erschien eine Materialzusammenstellung zum Thema "Wohngruppenvollzug" in den neuen Hochsicherheitsgefängnissen im Frauenknast Berlin-Plötzensee und im Bau befindlichen Knast Weiterstadt. Diese Broschüre war schon nach einem Jahr vergriffen. Wegen großer Nachfrage ist jetzt eine erweiterte Neuauflage von der Bunten Hilfe Darmstadt herausgegeben worden.
Neben Weiterstadt und Plötzensee wird auch der Knastneubau in Zweibrücken, in dem ebenfalls Wohngruppenvollzug praktiziert wird, von Gefangenen Frauen aus Zweibrücken beschrieben. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit dem Unterschied zwischen Wohngruppenvollzug und der Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung in selbstbestimmten Gruppen. Viel Hintergrundmaterial über Folterentwicklung und Folterforschung, wie in der Erstauflage von Karl Heinz Roth und Eberhard Junger, ergänzen den aktuellen Teil.
Die Auseinandersetzung mit der Kleingruppenfolter "Wohngruppenvollzug" gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil es ein Gehirnwäscheprogramm ist, das nicht nur wie bisher politische Gefangene, sondern ausnahmslos jede/n Gefangene/n betrifft.

Die Neuen High-Tech-KZš
Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug
Weiterstadt, Plötzensee, Zweibrücken
Nur gegen Vorkasse über:
Literaturkonto der Bunten Hilfe
Sparkasse Darmstadt, BLZ:508 501 50
Kontonummer:111 036 349
Einzelausgabe 8,-DM incl. Porto
10 Ausgaben 60,-DM incl. Porto
Herausgeber:Bunte Hilfe Darmstadt, Tel.:06151/20480
Wilhelm-Leuschnerstr.39, 6100 Darmstadt

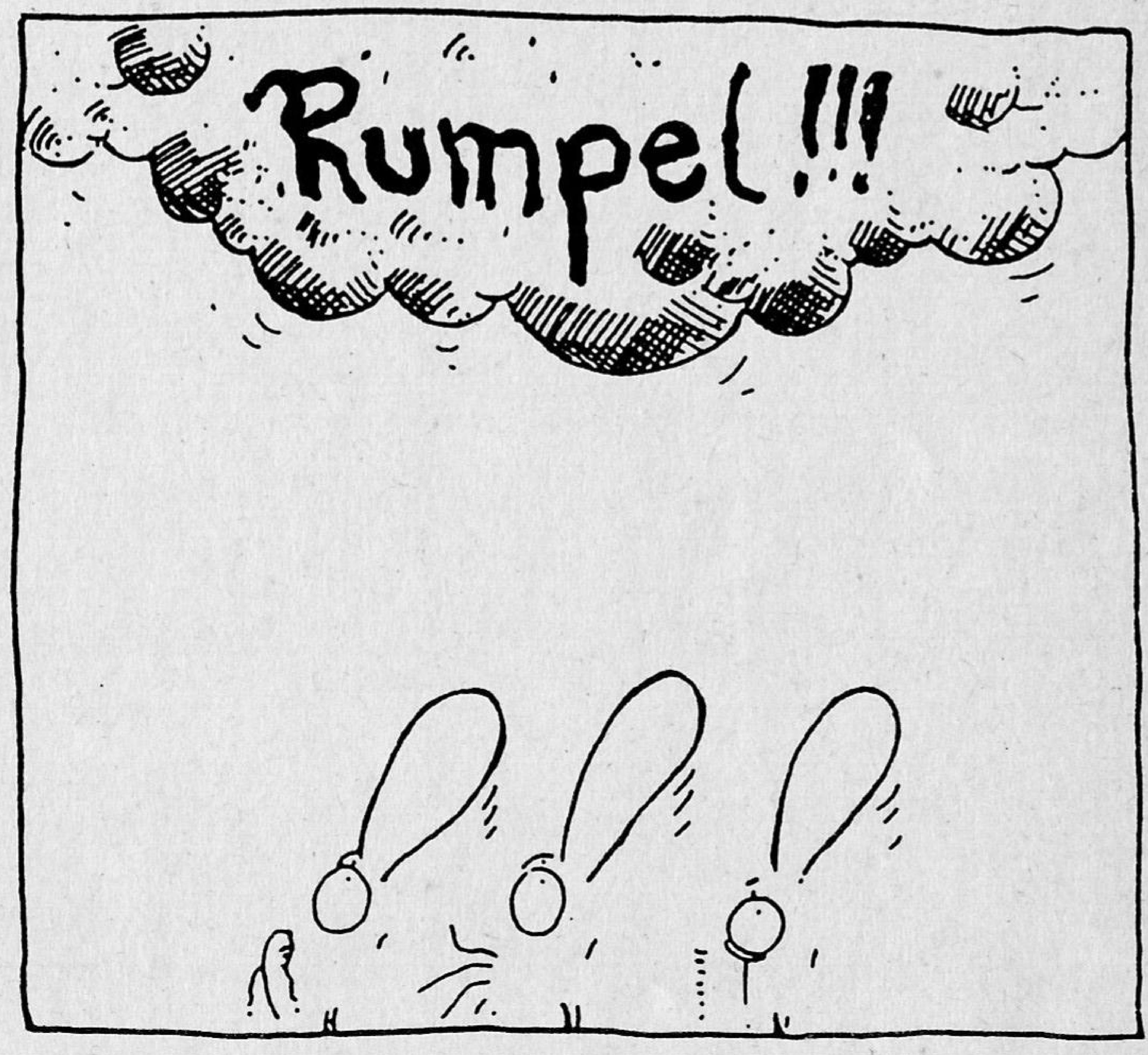

Derweil...
So Klappt das nie...

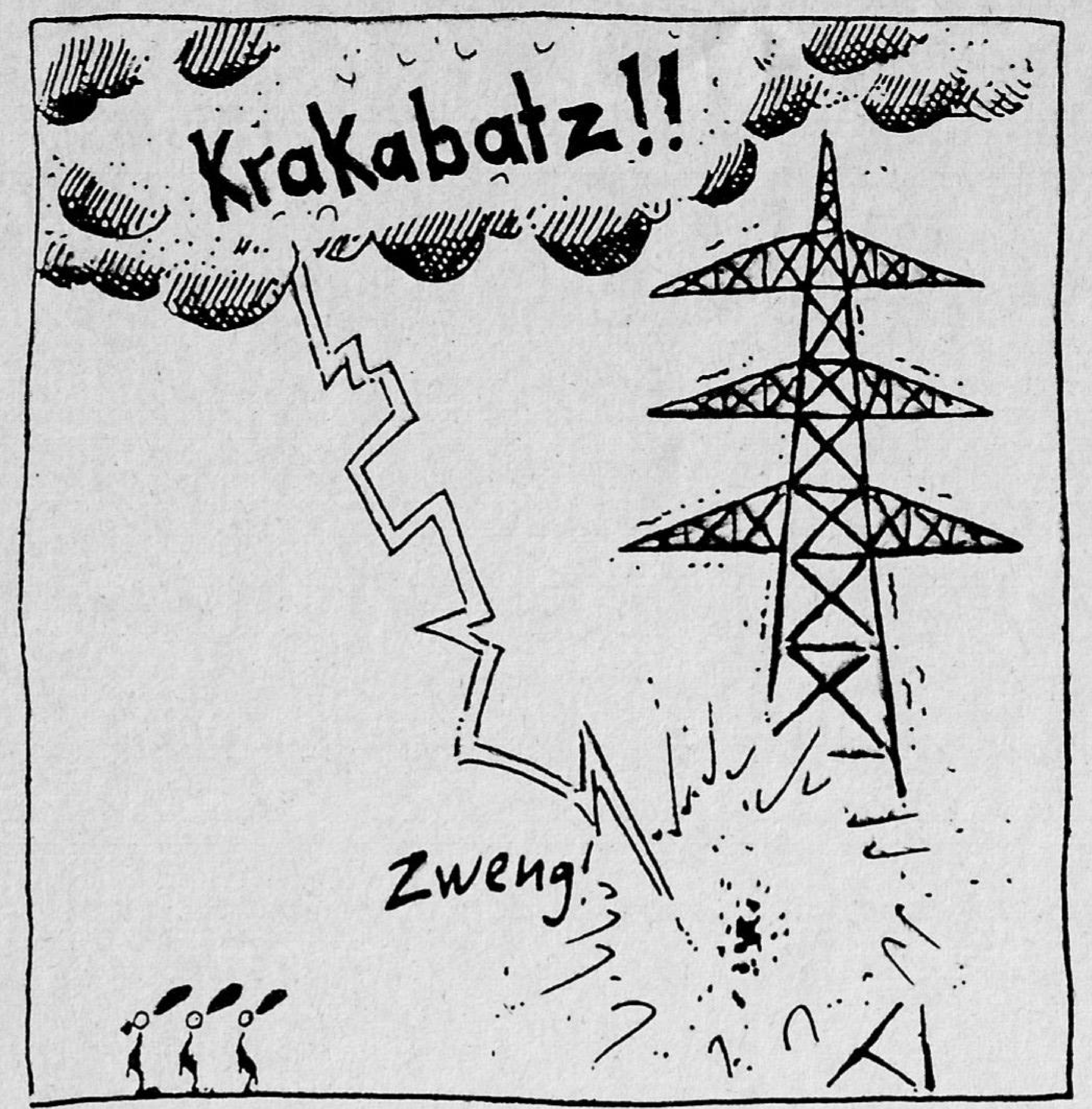

Ahüüahaaa....!!
POLIZEI
POLIZEI
POLICE

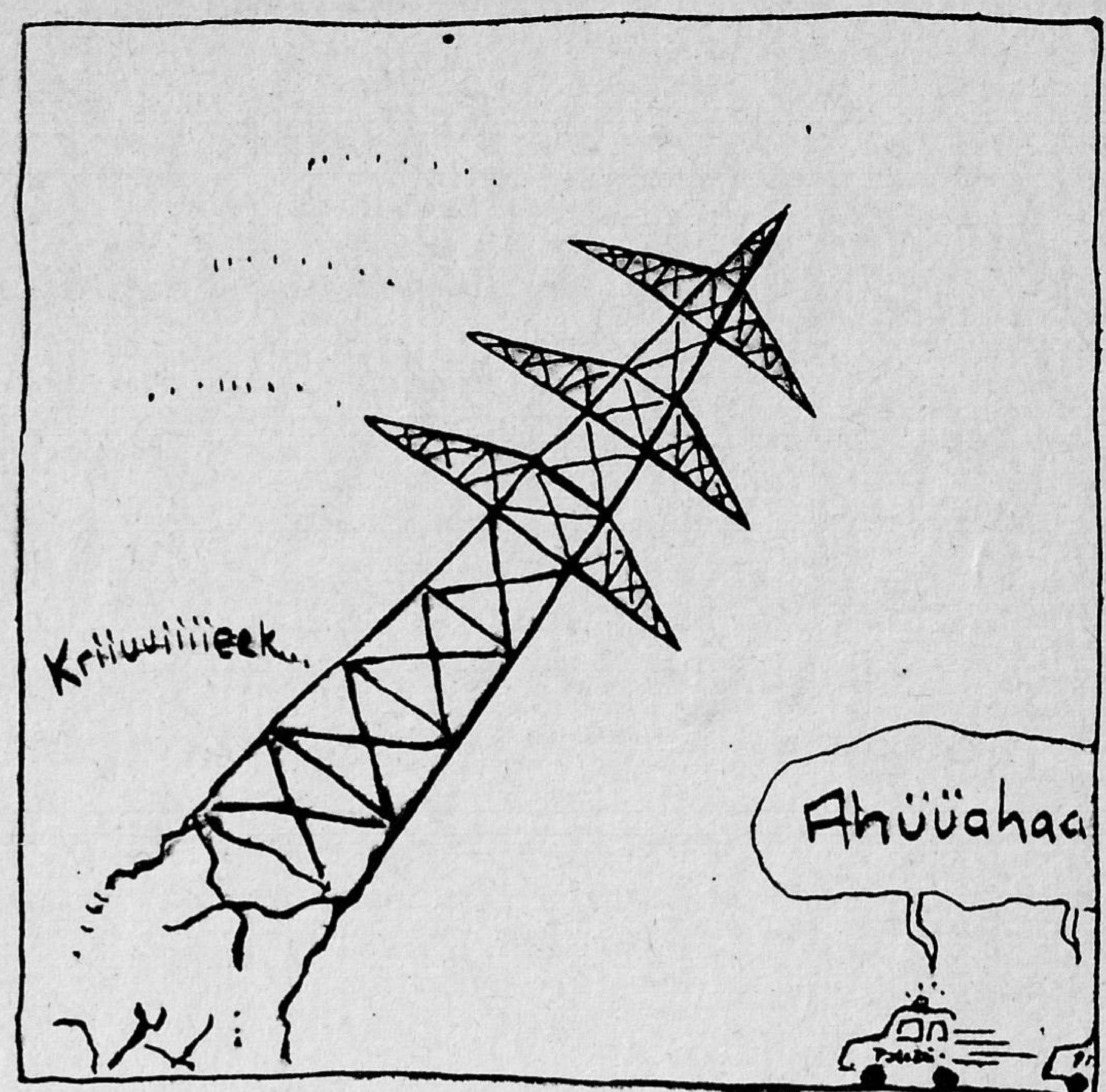

Scheisse!! Die Bullen!!!
Los!!! Abhauen!!!

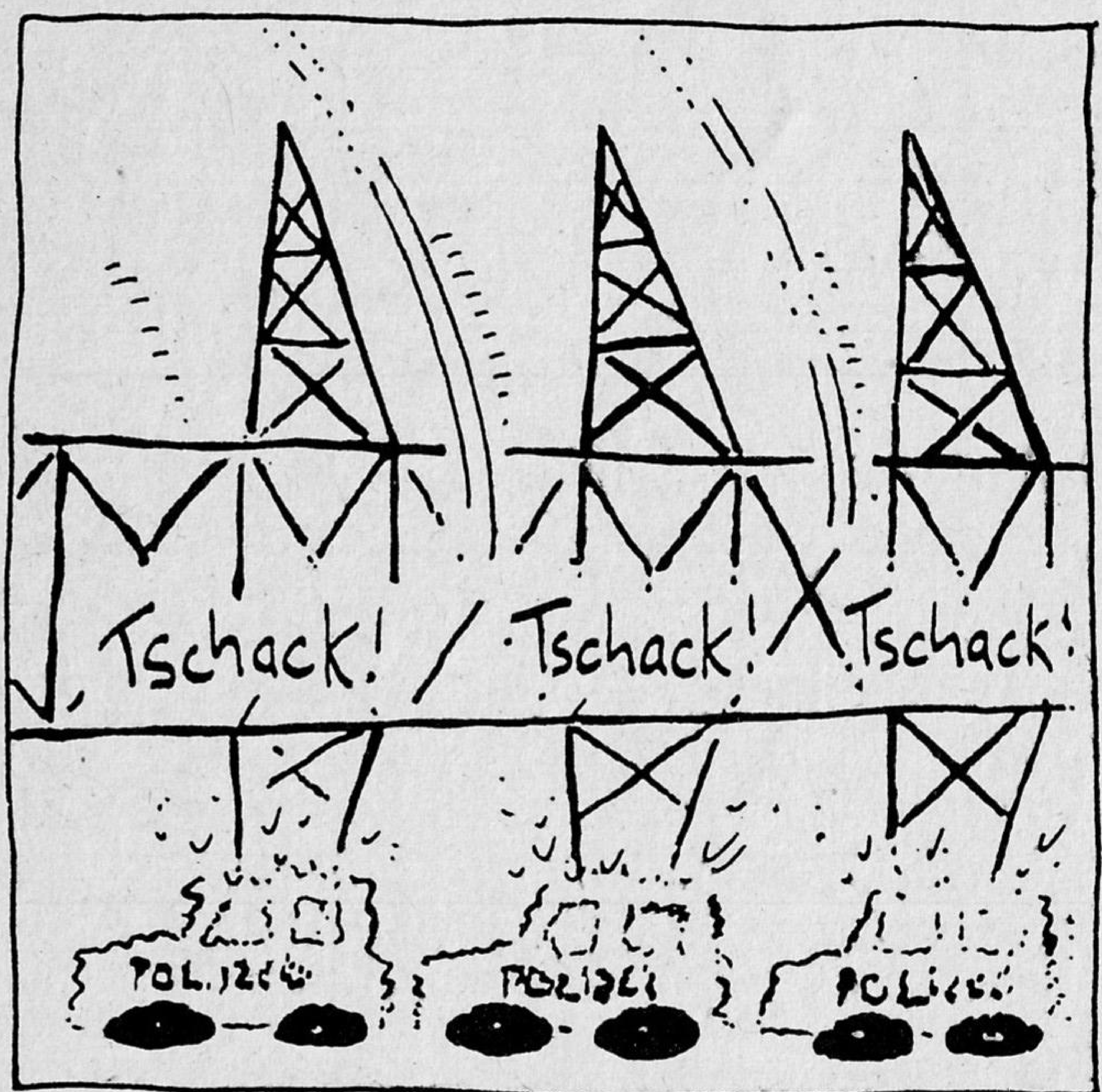

Er springt nicht an! Er springt nicht an!
Ahüüahaaah
yeng
yeng
yeng
yeng
yeng


Ahüüahaaa
Schweinekarren!!
Jetzt haben sie uns beim Arsch!
Pang!

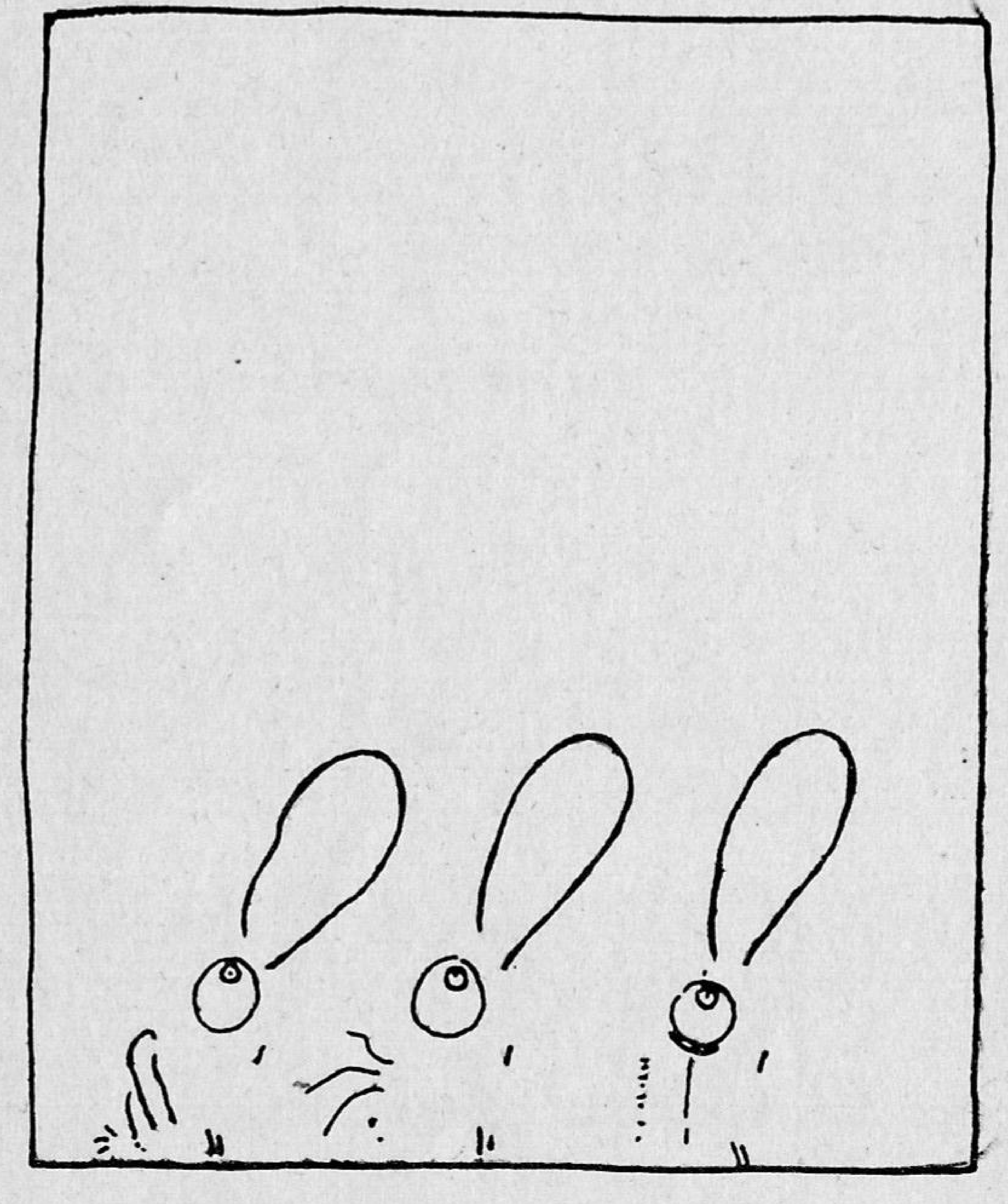

Rumpel!!!













(jetzt gehts nicht mehr weiter!)

TERMINE - TURNTERMINE - TRETMINE - - TELLERMINE - TOMATENMINE - GUTEMINE

Fr 30.6. 16.00 Hoffest in der Reuterstr. 68/69 (s. Interim 56)
20.00 200 Jahre Menschenrechte und -pflichten im Int. Zentrum, Mahlower Str. 9
22.00 Video "WAArum" (Erlangen 1987) in der Schwemme, Falkensteinstr. 46

Sa 1.7. 19.00 "Massenpsychologie des Faschismus", Veranstaltung des Charlottenburger Plenums gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus im Umweltladen Kaminer Str. 34 (Referat + Diskussion)
abends Frauendisco im Cafe Anfall, Gneisenaustr. 64
21.00 Disco im Steps, Großbeerenstr. 64

So 2.7. 20.00 Video "WAArum" (Erlangen 1987) im Syndikat, Weisestr.
20.30 Infos zur Lindenstr. 40/41 + Video vom letzten Angriff auf die Hafenstr., in der Lindenstr. 40/41
16.00 Antifa-Cafe in der Fabrik Osloerstr. 12

Mo 3.7. 11.00 Arbeitsgerichtsprozeß wegen der Entlassung vom Vertrauensmann Hüseyin Canpolat beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk im Arbeitsgericht Lützowstr. 104, Raum 616

Mi 5.7. 10.30 IWF-Prozeß gegen Matthias. Ihm wird vorgeworfen einen EbLT´ler zusammengeschlagen und sich der Festnahme widersetzt zu haben: Anklage wegen schwerer Körperverletzung, Körperverletzung und Widerstand. Die 4 Bullenzeugen sind allesamt von der EbLT. Ort: Wilsnacker Str. 4, Raum 707 Kommt massenhaft, Solidarität ist eine Waffe
18.00 JobberInnenplenum im Drugstore, Potse 180
19.00 Veranstaltung zum Binnenmarkt 92, Schwerpunktthemen (ihr könnt auch eigene einbringen): Monopolisierung der Konzerne, Ausbeutung der sog. 3.Welt verschärft durch Euromonopole, Gentechnologie: Eugenik in Europa, Bildungssystem zugerichtet auf die multinationalen Konzerne, Europäisches Währungssystem, im Krümelladen Weserstraße 155

5.7 -11.7. Internationale Frauenwoche in Amsterdam

Sa 8.7. 8.00 **Kundgebung zur Verhinderung des Rep-Landesparteitages** vor der Gaststätte "Schultscheiß in der Hasenheide", anschließend: Demonstration zum Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers
21.00 "Solidarität mit den 1.Mai-Gefangenen" Kiezkrachfete im Drugstore mit Livemusik

Di 11.7. 13.30 Prozeß wegen Widerstand anläßlich der Räumung der Podbielskiallee, Moabit, Raum 371

Tag		Programm	Zeit
01. Sa.	16 mm kino	zur Ausstellung die Hälfte des Himmels "El Macho" BRD 82, Farbe, 63 Min. von Valeria Sarmiento (Chile) OmU	21.00
02. So.	Bildschau	zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels "Frauenleben in Obervolta-Zwischen Tradition und Fortschritt" BRD, Ton-Dia-Serie, 73 Dias, ca. 30 Min.	17.00
	GROSS video	"1984" GB 1984, 111 min. Michael Radford	19.00 und 21.00
	Ausstellung	AUSSTELLUNG "Die Hälfte des Himmels" Frauenalltag in der Mannerwelt - 114 Karikaturen und Zeichnungen zusammengetragen aus 23 Ländern der Welt geöffnet Di-So von 16.00 bis 20.00 Uhr	
04. Di.	Bildschau	zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels "Frauenleben in Obervolta-Zwischen Tradition und Fortschritt" BRD, Ton-Dia-Serie, 73 Dias, ca. 30 Min.	17.00
	GROSS video	"Sie würden uns gern' im Knast begraben" BRD 89, s/w 58 min. Die sogen. Terrorismusverfahren von Stammheim bis Strobl	19.00
	GROSS video	"Der Kondor kehrt zurück" BRD 89, Farbe 60 min. Peru am Vorabend der Revolution	21.00
05. Mi.	Bildschau	zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels "Frauenleben in Obervolta-Zwischen Tradition und Fortschritt" BRD, Ton-Dia-Serie, 73 Dias, ca. 30 Min.	17.00
	16 mm kino	"Heimkehr BRD 86/87, Farbe 88 min, Regie Gerlinde Böhm. Die Geschichte der Peruanerin Viki Aguilar Cuba	19.00+21.00+23.00
06. Do.	Bildschau	zur Ausstellung die Hälfte des Himmels "Frauenleben in Obervolta-Zwischen Tradition und Fortschritt" BRD, Ton-Dia-Serie, 73 Dias, ca. 30 Min.	17.00
	16 mm kino	zur Ausstellung die Hälfte des Himmels "El Macho" BRD 82, Farbe, 63 Min. von Valerja Sarmiento (Chile) OmU	19.00
	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	16 mm kino	"Heimkehr BRD 86/87, Farbe 88 min, Regie Gerlinde Böhm. Die Geschichte der Peruanerin Viki Aguilar Cuba	23.00
07. Fr.	Theater	"Verrückte Kinder" Theaterstuck von Dirk Josczok, Produktion Resonanz	21.00
	GROSS video	"The Kid" USA 1921, 83 min. s/w Charles Chaplin	23.00

Wir wollen in den nächsten Nummern eine Liste veröffentlichen, in der möglichst alle wöchentlichen/monatlichen Termine von Veranstaltungen bzw. offentlich arbeitenden Gruppen enthalten sind. Wir hoffen, daß dadurch der Szene-Dschungel auch für neue Leute durchdringbarer wird. Also, wenn jemand in der Liste berücksichtigt werden will bzw. falls irgendwelche Termine falsch sind, dann müßtet ihr uns das schreiben.

Antifa

Weddinger Antifa Cafe, jeden 1. Sonntag im Monat mit Film und Diskussion in der Fabrik Osloerstr.12 von 16.00 bis 19.00

Kreuzberger Aktionsbündnis gegen Faschismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit, Treffen alle 2 Wochen samstags im Stadthaus Böcklerpark (genaue Termine über Antifa-Info-Telefon oder die Anzeigenseite der TAZ)

KAJ Kreuzberger Antifajugend, Kontaktadresse: Buchladen 021, Oranienstr. 21 1/36

Antifa Jugendfront, Kontaktadresse: Gneisenaustr. 2a 1/61

Jugendantifa-Koordination-Berlin (Jakob), Kontaktadresse: Gneisenaustr. 2a 1/61

Antifa-Pressearchiv donnerstags im Papiertiger, Cuvrystr. 25, von 17.00 bis 19.00

Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, Treffen alle 2 Wochen dienstags 19.00 in der Nostizstr. 6-7 1/61

Antifa-Info-Telefon jeden Samstag 16.00-20.00 : 692 15 99

Neuköllner Antifa-Cafe jeden Dienstag im Krümelladen, Weserstr. 155 1/44

Antirassistisches Telefon, Montag bis Freitag 11.00-17.00 : 861 94 22 (sonst Anrufbeantworter)

Kiezküchen

freitags 19.00 in der Wrangel 90
sonntags 14.00 Syndikat, Weisestr. 56 (?)

JobberInnen, ArbeiterInnen

JobberInnenplenum jeden Mittwoch 18.00 im Drugstore, Potse 180

Rastlos ArbeiterInnenplenum jeden Montag um 18.00 im EX am runden Tisch

Mietkampf

jeden 2. Mittwoch im Monat Treffen für Menschen in Neukölln, die von Luxusmodernisierung, Abriß etc. betroffen sind und/oder sich gemeinsam gegen Spekulanten und Mietausbeutung wehren wollen im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

Infoläden

Anarchistischer Laden in Moabit, Rathenower Str. 22 1/21: mo 20.00 Frauengruppe, di 15.00 Rastlos-Cafe, mi 18.00 Projekt B 20.00 Veranstaltungen, do 15.00 Stadtteilcafe so 19.00 Männergruppe

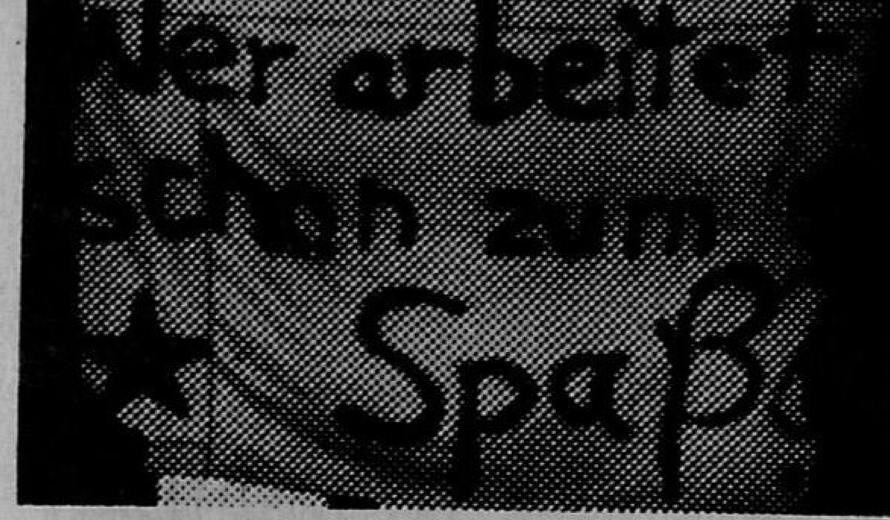
Infoladen Omega, Sparrstr.21 1/65 4537023, Öffnungszeiten mo-fr 16.00-20.00

Papiertiger, Cuvrystr. 25 1/36 6183051, Öffnungszeiten mo-do 14.30-18.00, fr 14.30-18.00 Frauentag, do 17.00-20.00 Antifa-Archivgruppe

Info- und Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53 1/44, Öffnungszeiten mo 13.00-18.00, mi + fr 15.00-20.00, samstags Frauentag mit Frauenkiezcafe ab 16.00

Buchladen 021, Oranienstr. 21 1/36, mo-fr 10.00-18.00, sa 10.00-18.00

Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a 1/61, mo-fr 10.00-18.30



INFOS
RECHTSBERATUNG
ERFAHRUNGSAUSTAUSCH

JEDEN MITTWOCH 18.00
IM DRUGSTORE
POTSE 180



Wir fordern:

Keine Vermittlung von Jobs nach sexistischen und rassistischen Vorgaben von Arbeitgebern

Für kurzfristige Jobs: Vermittlungsschein als verbindlicher Arbeitsvertrag

Für längerfristige Jobs: Feste Arbeitsverträge für die, die dies wollen

Kein Einsatz als Streikbrecher

Mindestlohn



SA. 1. JULI

STEPS

Großbeere
Straße 6
1-61

Einlass 21^{00}